



**NLStBV**  
*Wir in Niedersachsen:  
mobil. regional. sicher!*

**Niedersächsische Landesbehörde  
für Straßenbau und Verkehr**  
- Planfeststellungsbehörde -

# **Änderungsplanfeststellungs- beschluss**

für Errichtung und den Betrieb der 380-kV-Leitung Conneforde  
– Landkreis Cloppenburg – Merzen / Neuenkirchen,  
Planfeststellungsabschnitt 5: Landkreisgrenze Cloppenburg /  
Osnabrück bis Merzen / Neuenkirchen

5. Planänderung des Planfeststellungsbeschlusses vom  
25.09.2024 – Az.: 4123-05020-119 –

---

Ein Vorhaben der Amprion GmbH

16. Dezember 2025  
Az.: 4135-05020-293



**Niedersachsen**



## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Verfügender Teil.....</b>	<b>3</b>
<b>1.1</b>	<b>Feststellung des Plans.....</b>	<b>3</b>
<b>1.2</b>	<b>Planunterlagen.....</b>	<b>3</b>
1.2.1	Festgestellte Planunterlagen .....	3
1.2.2	Nachrichtliche Unterlagen, die keiner Planfeststellung bedürfen .....	4
<b>1.3</b>	<b>Nebenbestimmungen .....</b>	<b>4</b>
1.3.1	Samtgemeinde Neuenkirchen/ Gemeinde Merzen .....	4
1.3.2	Unterhaltungsverband 97 „Mittlere Hase“ (UHV 97) .....	4
1.3.3	Wasserverband Bersenbrück .....	5
1.3.4	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau u. Verkehr, Geschäftsbereich Osnabrück... 5	
1.3.5	Zusage .....	5
1.3.6	Hinweis .....	6
<b>1.4</b>	<b>Wasserrechtliche Erlaubnis .....</b>	<b>6</b>
<b>1.5</b>	<b>Nebenbestimmungen zur Wasserrechtlichen Erlaubnis .....</b>	<b>6</b>
<b>1.6</b>	<b>Sofortige Vollziehbarkeit .....</b>	<b>8</b>
<b>1.7</b>	<b>Kostenentscheidung .....</b>	<b>8</b>
<b>2</b>	<b>Begründender Teil .....</b>	<b>9</b>
<b>2.1</b>	<b>Sachverhalt .....</b>	<b>9</b>
2.1.1	Zusammenfassung der Planänderungen .....	9
2.1.2	Verfahrensablauf .....	10
<b>2.2</b>	<b>Rechtliche Bewertung .....</b>	<b>11</b>
2.2.1	Formalrechtliche Würdigung.....	11
2.2.2	Umweltverträglichkeitsprüfung .....	12
2.2.3	Materiell-rechtliche Würdigung .....	14
<b>2.3</b>	<b>Wasserrechtliche Erlaubnisse .....</b>	<b>30</b>
<b>2.4</b>	<b>Stellungnahmen.....</b>	<b>31</b>
2.4.1	Samtgemeinde Neuenkirchen/ Gemeinde Merzen .....	31
2.4.2	Landkreis Osnabrück, Fachdienst 6 – Planen und Bauen .....	31
2.4.3	Landkreis Osnabrück, Untere Wasserbehörde .....	32
2.4.4	Unterhaltungsverband 97 „Mittlere Hase“ .....	32
2.4.5	Wasserverband Bersenbrück .....	32
2.4.6	Gewässerkundlicher Landesdienst.....	33
2.4.7	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau u. Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg . 41	
2.4.8	Fernstraßen-Bundesamt, Referat S1 .....	42
2.4.9	Landwirtschaftskammer Niedersachsen.....	42
<b>2.5</b>	<b>Begründung der sofortigen Vollziehbarkeit .....</b>	<b>43</b>
<b>2.6</b>	<b>Begründung der Kostenentscheidung .....</b>	<b>43</b>
<b>3</b>	<b>Rechtsbehelfsbelehrung .....</b>	<b>43</b>
<b>4</b>	<b>Eingeschlossene Erlaubnisse und Genehmigungen .....</b>	<b>44</b>
<b>5</b>	<b>Hinweise .....</b>	<b>44</b>



# 1 Verfügender Teil

## 1.1 Feststellung des Plans

Der Plan der Amprion GmbH – nachfolgend Vorhabenträgerin genannt – zur 5. Änderung des mit Beschluss vom 25.09.2024 festgestellten Plans für die Errichtung und den Betrieb der 380-kV-Leitung Conneforde – Landkreis Cloppenburg – Merzen / Neuenkirchen, Planfeststellungsabschnitt 5: Landkreisgrenze Cloppenburg / Osnabrück bis Merzen / Neuenkirchen) (Az.: 4123-05020-119) wird nach Maßgabe der unter Ziff. 1.2.1 aufgeführten Planunterlagen geändert und planfestgestellt.

Das mit Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 festgestellte Vorhaben in der durch den Beschluss zur 1. Planänderung vom 26.05.2025, den Bescheid zur 2. Planänderung vom 05.02.2025, den Bescheid zur 3. Planänderung vom 26.02.2025 sowie den Bescheid zur 4. Planänderung vom 26.09.2025 geänderten Fassung wird gemäß dem unter Ziff. 1.2.1 festgestellten Plan geändert.

Der bisherige Plan wird mithin aufgehoben, soweit er mit dem neuen Plan nicht übereinstimmt. Soweit unter Ziff. 1.2 nichts Abweichendes bestimmt wird, bleiben im Übrigen die Feststellungen des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024 in der durch den Beschluss zur 1. Planänderung vom 26.05.2025, den Bescheid zur 2. Planänderung vom 05.02.2025, den Bescheid zur 3. Planänderung vom 26.02.2025 und den Bescheid zur 4. Planänderung vom 26.09.2025 geänderten Fassung bestehen.

Von dieser Planungsentscheidung sind gemäß § 43d Satz 2 und § 43 Abs. 4 EnWG i. V. m. § 75 Abs. 1 Satz 1 Hs. 2 VwVfG alle sonstigen behördlichen Entscheidungen umfasst, derer es zur Realisierung des Vorhabens einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen bedarf.

## 1.2 Planunterlagen

Sofern Planunterlagen, die dem Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 in der Fassung vom 05.02.2025, 26.02.2025, 26.05.2025 und 26.09.2025 zugrunde gelegt wurden, durch die nachfolgenden Planunterlagen nicht ersetzt werden, bleiben diese von dem vorliegenden Änderungsplanfeststellungsbeschluss unberührt und behalten weiterhin ihre Gültigkeit. Folgende Planunterlagen liegen dem Änderungsplanfeststellungsbeschluss zugrunde:

### 1.2.1 Festgestellte Planunterlagen

Unterlage Nr.	Bezeichnung der Unterlage	Maßstab	Blatt-Nr. / Seiten
	Technische Unterlagen		
3.2.2	Masttabelle Bl. 0751 vom 20.02.2025		1
3.4.1	Fundamenttabelle Bl. 4377 vom 20.02.2025		2
3.4.2	Fundamenttabelle Bl. 0715 vom 20.02.2025		1
8	Nachweis über die Einhaltung der magn. und elektr. Feldstärkewerte gem. 26. BImSchV		
8.2.2	Mast 39-40		3
8.2.5	Mast 1047-47		3
9	Wasserrechtsanträge Bl. 4377 und Demontage Bl. 0751 inkl. Erläuterungen		
9.8.3	Wasserrechtsantrag Freileitung		41
9.8.3	Anl. 2.1: Übersichtsplan	1:5000	7



9.8.3	Anl. 3.1: Übersichtstabelle Grundwasserhaltung		3
9.8.3	Anl. 4.1: Matrix Bewertung Einflussfaktoren		3
9.11	KÜS Bohlenbach Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis zur Absenkung von Grundwasser und zur Einleitung des entnommenen Grundwassers in den Bohlenbach vom 03.03.2025		22
9.11	Anl. 1.1 Karte Untersuchungsfläche	1:10.000	1
9.11	Anl. 1.2 Detaillageplan	1:1.250	1
9.11	Anl. 1.3 Übersicht der geplanten Wasserhaltungsmaßnahmen für die einzelnen Bauabschnitte	1:250	1
9.11	Anl. 2.1 Baugrundgutachten von GEOEXPERTS		279
9.11	Anl. 2.2 Untersuchungsergebnisse der Grundwasserprobenahme vom 14.11.2024		9
9.11	Anl. 3.1 Lageplan Bauabschnitte	k.A.	1
9.11	Anl. 3.2 Lageplan der für die Berechnung der flächenhaften Entwässerung angenommenen Drainagestrecken	k.A.	1
9.11	Anl. 3.3 Reichweite der Absenkttrichter	1:2.500	4
9.11	Anl. 3.4 Lageplan der Bauabschnitte mit dem geplanten Bereich der Einleitung	k.A.	1

Die festgestellten Unterlagen sind im Original, das bei der Planfeststellungsbehörde und der Vorhabenträgerin vorliegt, mit dem Dienstsiegel 12 der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr gekennzeichnet. Die Folgeseiten einer mehrseitigen Unterlage sind durch Stanzung gekennzeichnet.

Unterlagen ohne Siegelaufdruck gehören nicht zum festgestellten Plan. Sie sind den festgestellten Unterlagen nachrichtlich beigelegt.

### 1.2.2 Nachrichtliche Unterlagen, die keiner Planfeststellung bedürfen

Unterlage Nr.	Bezeichnung der Unterlage	Maßstab	Blatt-Nr. / Seiten
3.1	Mastschemaskizzen vom 20.02.2025		25
3.3	Fundamentskizzen Bl. 4377 vom 20.02.2025		5

## 1.3 Nebenbestimmungen

### 1.3.1 Samtgemeinde Neuenkirchen/ Gemeinde Merzen

Sollten während der Bauarbeiten Schäden an Samtgemeindeverbindungs- und Gemeindestraßen, Straßenseitenräumen, Brücken oder im Bereich der Gewässer II. und III. Ordnung der Samtgemeinde Neuenkirchen/ Gemeinde Merzen entstehen, so hat die Behebung dieser Schäden in enger Abstimmung mit der Samtgemeinde Neuenkirchen / Gemeinde Merzen und auf Kosten der Vorhabenträgerin zu erfolgen.

### 1.3.2 Unterhaltungsverband 97 „Mittlere Hase“ (UHV 97)

Vorhabenbedingt, insbesondere im Zuge des Abbaus von Einleitungsstellen, beschädigte Gewässerböschungen sind mit Wasserbausteinen und Mutterboden böschungsgleich anzudecken und mit Graseinsaat einzusäen. Die behobenen Schäden sind mit dem UHV 97 anschließend abzunehmen.



Nach Abschluss der jeweiligen Baumaßnahmen sind dem UHV 97 die in seine Verbandsgewässer eingeleiteten Wassermengen, zugeordnet nach Trasse und Mastnummer, unverzüglich zu melden.

Die Abnahme der jeweiligen Einleitungsstellen (Wasserhaltung Freileitung/ Maststandorte, KÜS) ist mit dem UHV 97 nach Abschluss der Einleitungstätigkeit durchzuführen.

Der Einleitung von Wasser aus Wasserhaltungsmaßnahmen (Freileitung/ Maststandorte, KÜS) in Gewässer sind ausreichende Sedimentationsbecken vorzuschalten.

Der Gewässerrandstreifen am Bohlenbach (in Fließrichtung links) muss dauerhaft befahrbar bleiben.

### **1.3.3 Wasserverband Bersenbrück**

Für die Errichtung der Fundamente der Masten Nr. 23 bis Nr. 26 dürfen ausschließlich Stahlrohrbohrungen ohne Einsatz von Stützflüssigkeiten (mit Ausnahme von Wasser) vorgenommen werden und es dürfen keine Betonzusatzstoffe eingesetzt werden, die als wassergefährdend eingestuft worden sind.

Innerhalb des Trinkwassergewinnungsgebiets Ahausen-Sitter, hier insbes. im Bereich der Versorgungsbrunnen II und V, dürfen Maschinenstellplätze, Arbeitsflächen und herzustellende Zuwegungen nicht mit Recyclingmaterial hergestellt werden.

Die Trinkwasserleitung AZ DN400 in der Gemarkung Ahausen, Flur 17, Flurstück 20 muss während der Bauzeit des Vorhabens jederzeit zugänglich und unter Maschineneinsatz reparaturfähig bleiben. Im Bereich der Trinkwasserleitung sind baubedingte Erschütterungen und Vibrationen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Im Zuge des Rückbaus der Fundamente der 110-kV-Leitung Bl. 0751 ist auf vorhandene Trinkwasserleitungen Rücksicht zu nehmen.

Vor Baubeginn sind die aktuellen Bestandspläne der innerhalb des Plangebiets und im unmittelbaren Planungsumfeld liegenden Trink- und Abwasserleitungen in der Abteilung „Geomatik“ des WBV Bersenbrück (Hr. Lohbeck, Tel.: 05439/9406-57) anzufordern.

### **1.3.4 Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau u. Verkehr, Geschäftsbereich Osnabrück**

Sollten durch die im Zuge der geplanten Grundwasserabsenkung entstehenden Absenktrichter im Bereich der Bundesstraße B218, Abschnitt 40, ~Stat. 1370 und im Bereich der Landesstraße L70, Abschnitt 80, ~Stat. 3220 nachteilige Auswirkungen auf die betroffenen Straßenkörper – etwa durch Setzungen – im Einzelfall nicht auszuschließen sein, ist für die Dauer der Maßnahme in Abstimmung mit der Straßenmeisterei eine geeignete Beweissicherung durchzuführen.

Etwaige Instandsetzungs- und/oder Sicherungsmaßnahmen am Straßenkörper oder seinen Bestandteilen, die nachweislich im Zusammenhang mit der Grundwasserabsenkung stehen, sind auf Kosten der Vorhabenträgerin durchzuführen.

### **1.3.5 Zusage**

Die Vorhabenträgerin sagt zu, dass sie hinsichtlich des pH-Werts des einzuleitenden Wassers aus Wasserhaltungen regelmäßige Vor-Ort Kontrollen an den Einleitstellen durchführen wird und



zusätzlich kurzfristig chemische Analysen des pH-Werts aus Voruntersuchungen zur Betonaggressivität des Grundwassers an den Maststandorten durchführen wird.

### **1.3.6 Hinweis**

Im Übrigen verbleibt es bei den Nebenbestimmungen und Zusagen aus dem Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 in der Fassung vom 05.02.2025, 26.02.2025, 26.05.2025 und 26.09.2025.

## **1.4 Wasserrechtliche Erlaubnis**

Die im Planfeststellungsbeschluss von 25.09.2024, geändert durch die 1. Planänderung vom 26.05.2025, erteilte Erlaubnis nach § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 5, §§ 12, 13 WHG für das Zutagefördern von Grundwasser im Rahmen der Wasserhaltung im Bereich der Neu- und Rückbaumasten wird im Einvernehmen mit der Unteren Wasserbehörde (Landkreis Osnabrück, Schreiben vom 31.07.2025) nach Maßgabe des Wasserrechtsantrags aus Anlage 9.8.3 vom 15.03.2025 geändert.

Die im Planfeststellungsbeschluss von 25.09.2024, geändert durch die 1. Planänderung vom 26.05.2025, erteilte Erlaubnis nach § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 4, §§ 12, 13 WHG für das Einleiten des zutage geförderten Grundwassers (Wasserhaltung Neu- und Rückbau) in Oberflächengewässer an den im Wasserrechtsantrag definierten Einleitstellen wird im Einvernehmen mit der Unteren Wasserbehörde (Landkreis Osnabrück, Schreiben vom 31.07.2025) nach Maßgabe des Wasserrechtsantrags aus Anlage 9.8.3 vom 15.03.2025 geändert.

Für das mit dem Wasserrechtsantrag in Anlage 9.11 vom 03.03.2025 beantragte Zutagefördern des Grundwassers im Rahmen der Wasserhaltung im Bereich der Kabelübergabestation Bohlenbach in Badbergen wird im Einvernehmen mit der zuständigen Unteren Wasserbehörde (Landkreis Osnabrück, Schreiben vom 31.07.2025) die Erlaubnis nach § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 5, §§ 12, 13 WHG erteilt.

Für das mit dem Wasserrechtsantrag in Anlage 9.11 vom 03.03.2025 beantragte Einleiten des zutage geförderten Grundwassers (Wasserhaltung Kabelübergabestation Bohlenbach) in den Bohlenbach an den im Wasserrechtsantrag definierten Einleitstellen wird im Einvernehmen mit der Unteren Wasserbehörde (Landkreis Osnabrück, Schreiben vom 31.07.2025) die Erlaubnis nach § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 4, §§ 12, 13 WHG erteilt.

## **1.5 Nebenbestimmungen zur Wasserrechtlichen Erlaubnis**

### **Allgemein**

- 1.6.1 Die Anlagen sind so zu errichten, zu betreiben, zu unterhalten und stillzulegen, dass keine schädlichen Grundwasserveränderungen zu erwarten sind.
- 1.6.2 Die Ausführung der Maßnahmen hat gemäß den geprüften Antragsunterlagen zu erfolgen. Jede geplante Änderung oder Erweiterung bedarf vor Ausführung einer schriftlichen Anzeige bei der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Osnabrück (E-Mail: [henrike.herpin@lkos.de](mailto:henrike.herpin@lkos.de)).



- 1.7 Die Wasserhaltungen sind ordnungsgemäß und fachgerecht zu betreiben und zu unterhalten.
- 1.8 Es ist sicherzustellen, dass bei der Durchführung der Maßnahmen keine wassergefährdenden Stoffe oder Flüssigkeiten (z.B. Benzin, Öl, Schmierstoffe, Chemikalien etc.) in das Grundwasser, den Untergrund oder oberirdische Gewässer eingeleitet, abgeleitet, versickert oder versenkt werden.
- 1.9 Bei Herstellung der unter Flur liegenden Bauelemente dürfen wassergefährdende Stoffe nicht verwendet werden. Dies gilt auch für das Anfüllen fertiggestellter Baukörper. Im Zuge der Gründungsarbeiten dürfen daher nur unbelastete, nicht auswasch- oder auslaufbare Stoffe und Baumaterialien verwendet werden, von denen aufgrund ihrer Eigenschaft und ihres Einsatzes nachweislich keine Boden- oder Grundwasserverunreinigung ausgeht (dies betrifft z.B. die eingesetzten Schalöle, Anstriche, Beschichtungen, Kleber, Dichtstoffe, Zemente).
- 1.10 Gelangen wassergefährdende Stoffe in das Grundwasser oder oberirdische Gewässer, so ist unverzüglich der Landkreis Osnabrück – Fachdienst Umwelt, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück zu unterrichten.
- 1.11 Rohre, Bauteile und Baustoffe, die zur Verwendung gelangen, müssen den Anforderungen der entsprechenden DIN-Normen und DVGW-Regelwerken entsprechen.
- 1.12 Es sind Wassermengenmessenrichtungen zu installieren und zu unterhalten, die die geförderten Wassermengen registriert. Die Zählerstände sind wöchentlich – nach Datum und Uhrzeit geordnet – in ein Betriebstagebuch einzutragen. Das Betriebstagebuch ist über die Baumaßnahme hinaus aufzubewahren und auf Verlangen der Unteren Wasserbehörde vorzulegen.
- 1.13 Zum Schutz des Bodens, des Grundwassers und der Gewässer sind für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen sowie die zutreffenden technischen Regelungen zu beachten.
- 1.14 Auch bei späteren Unterhaltungs-, Reinigungs- und Reparaturarbeiten ist eine durch das Vorhaben ausgelöste Boden- Grundwasser- und Gewässergefährdung durch geeignete Schutzmaßnahmen auszuschließen.
- 1.15 Der Beginn der Grundwasserhaltung ist der Unteren Wasserbehörde (Landkreis Osnabrück) mindestens 48 Stunden vor Beginn anzuzeigen (E-Mail: [wasserwirtschaft@lkos.de](mailto:wasserwirtschaft@lkos.de)).

## Einleitung

- 1.16 Die Einleitstelle am Vorfluter ist so anzulegen, dass keine Ab- bzw. Ausspülungen erfolgen können. Sämtliche, durch die Wasserhaltung in Mitleidenschaft gezogenen Gewässerteile sind nach Abschluss der Grundwasserhaltung ordnungsgemäß wiederherzustellen. Eine Verunreinigung des Gewässers infolge der Wasserhaltung muss ausgeschlossen sein. Während der Bauarbeiten muss der ordnungsgemäße Wasserabfluss in den Gewässern jederzeit gewährleistet sein.
- 1.17 Das einzuleitende Wasser darf folgende Grenzwerte nicht überschreiten:

Parameter	Grenzwert
-----------	-----------





Absetzbare Stoffe	< 0,5 mg/l
Abfiltrierbare Stoffe	100 mg/l
pH-Wert	6,5 - 8,5
Ammonium-Stickstoff	5 mg/l
Nitrat NO <sub>3</sub> -N	50 mg/l
Nitrit NO <sub>2</sub> -N	< 0,5 mg/l
Eisen gesamt	2 mg/l
Sulfat	< 200 mg/l
Pges	2 mg/l

- 1.18 Um die Qualität entsprechend Nebenbestimmung Ziff. 1.14 nachzuweisen, ist vor Beginn der Grundwasserhaltung und auf Verlangen der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Osnabrück eine Beprobung der Wasserqualität zu veranlassen. Dabei dürfen die aufgeführten Grenzwerte nicht überschritten werden.
- 1.19 Sollten die Grenzwerte nach Nebenbestimmung Ziff. 1.14 nicht eingehalten werden, sind weitere Maßnahmen (wie Filterungen) zur Reinigung des einzuleitenden Wassers zu treffen.
- 1.20 Die Ergebnisse der Beprobung sind aufzubewahren und der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Osnabrück auf Verlangen vorzulegen.
- 1.21 Die Einleitstelle ins Gewässer ist so zu gestalten, dass sie einsehbar und zu beproben ist.
- 1.22 Das geförderte Wasser ist mit Hilfe eines Sedimentationsfilters/ Absetzbeckens von Sedimenten vor der Einleitung in das Oberflächengewässer zu reinigen. Je nach Ergebnis der Beprobung ist eine Filteranlage vorzusehen bzw. die Sauerstoffzufuhr sicherzustellen, um keine negative Beeinträchtigung des Gewässers auszulösen.

### Hinweis

Es bleibt bei den Nebenbestimmungen aus dem Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 in der Fassung vom 05.02.2025, 26.02.2025, 26.05.2025 und 26.09.2025.

### 1.6 Sofortige Vollziehbarkeit

Dieser Beschluss ist gemäß § 43d Satz 2 und § 43e Abs. 1 Satz 1 EnWG sofort vollziehbar.

### 1.7 Kostenentscheidung

Die Amprion GmbH hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Die Entscheidung über die Höhe der Kosten ergeht durch einen gesonderten Bescheid.





## 2 Begründender Teil

### 2.1 Sachverhalt

#### 2.1.1 Zusammenfassung der Planänderungen

Mit Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 wurden die Errichtung und der Betrieb der 380-kV-Leitung Conneforde – Landkreis Cloppenburg – Merzen / Neuenkirchen, Planfeststellungsabschnitt 5: Landkreisgrenze Cloppenburg / Osnabrück bis Merzen / Neuenkirchen zugelassen.

Die beantragte Planung umfasst *Änderungen von Fundamenten der Masten* Nr. 1 bis Nr. 6 sowie Nr. 26, Nr. 28, Nr. 34, Nr. 35, Nr. 40 und Nr. 53 der Bl. 4377 und der Masten Nr. 1034, Nr. 1045 und Nr. 1046 der Bl. 0751. Darüber hinaus werden die Maße der Fundamente weiterer 18 Freileitungsmasten der Bl. 4377 angepasst. Insgesamt erfolgen damit Anpassungen an den Fundamenten von 29 Masten der Bl. 4377 (davon an 11 Masten Änderungen der Fundamenttypen und an 18 Masten Änderungen der Abmessungen unter Beibehaltung der Fundamentart) und an drei Fundamenten der Bl. 0751 (zwei Anpassungen der Fundamentart und eine Anpassung der Abmessungen). Die Anpassungen der Fundamente gehen auf die Ergebnisse der nach Erlass des Planfeststellungsbeschlusses durchgeführten Baugrundhauptuntersuchung (vgl. Anlage 9.11 „Baugrundgutachten“) zurück.

Zudem ist eine *Änderung der Beseilung* der Bl. 0751 auf 2-er-Bündel erfolgt. Die Verteilernetzbetreiberin Westnetz GmbH hatte aufgrund der zu erwartenden höheren Stromrückspeisungen den Wechsel von einem Einfachseil auf ein 2-er-Bündel für die 110-kV-Mitnahme-Leitung gefordert. Diese Anpassung hat Auswirkungen auf die Mastgeometrien (Mastart) im Bereich der 110-kV-Mitnahme und betrifft die Masten Nr. 1034, Nr. 1045 und Nr. 1045 der Bl. 0751.

Mit den Anpassungen der Fundamente und der Beiseilung/ Mastgeometrien sind Anpassungen der Unterlagen in Anlage 3 (Schemazeichnungen Maste in Anlage 3.1, Masttabelle Bl. 0751 in Anlage 3.2, Prinzipzeichnungen der Fundamente in Anlage 3.3 und Fundamenttabellen Bl. 0751 und Bl. 4377 in Anlagen 3.4.1 und 3.4.2) verbunden.

Ebenfalls Folge der Anpassung der Mastgeometrien im Bereich der 110-kV-Mitnahme sind *Änderungen der zu erwartenden elektrischen und magnetischen Felder* im Spannungsfeld von Masten Nr. 39 bis Nr. 40 der Bl. 4377 und von Masten Nr. 1046 bis Nr. 46 der Bl. 0751. Die Änderungen sind nur geringfügig, im Bereich zwischen Masten Nr. 39 bis Nr. 40 erhöht sich die magnetische Flussdichte um 0,1  $\mu\text{T}$ , im Bereich von Mast Nr. 1046 bis Nr. 46 um 3,9  $\mu\text{T}$ . Die elektrische Feldstärke verändert sich zwischen Mast Nr. 1046 bis Nr. 46 um 0,1 kV/m. Die Antragsunterlagen enthalten in Anlagen 8.2.2 und 8.2.5 angepasste Darstellungen/ Berechnungen.

Die Anpassungen der Fundamente führen ferner zu *Änderungen bei der bauzeitlich erforderlichen Wasserhaltung für die Errichtung der Freileitung* (Bl. 4377 und Bl. 0751). Daher wurde auch der wasserrechtliche Antrag für die Errichtung der Freileitung in Anlage 9.8.3 (einschl. Anlagen/ Lagepläne) angepasst. Die Anpassungen der bauzeitlichen Wasserhaltung betrifft Wasserhaltungsmaßnahmen an 35 Mastbaustellen der der Bl. 4377 und an zwei Mastbaustellen an der Bl. 0751. Sie führt zu Änderungen der Absenkziele, des Bezugswasserstandes, der Absenkungsbeträge und der prognostizierten Fördermengen und damit der Einleitmengen sowie der Absenkreichweiten. Die maximale Wasserfördermenge für den Freileitungsneubau (gemessen pro 30 Tage) erhöht sich von 1.789.200 m<sup>3</sup> (Stand: 1. Planänderung) bzw. 1.879.200 m<sup>3</sup> (Stand: Planfeststellungsbeschluss) auf 1.964.880 m<sup>3</sup>. An zwei Masten (Nr. 26 und Nr. 53) kommen nach der 5. Planänderung Dreifachbohrpfähle zum Einsatz, hier wurde im Rahmen der Wasserhaltung eine Absenkdauer von je 80 Tagen veranschlagt. An den Baustellen der Rückbaumasten sind mit



dieser Planänderung keine Änderungen der Wasserhaltungen vorgesehen, es bleibt bei den ursprünglich veranschlagten 43.200 m<sup>3</sup>.

Schließlich hat die Vorhabenträgerin den *Wasserrechtsantrag* für die Erteilung einer Erlaubnis zur temporären Absenkung des Grundwassers und die Einleitung des Grundwassers für die Errichtung der *Kabelübergabestation Bohlenbach in Badbergen* in der vorliegenden Planänderung erstmals mit der Anlage 9.11 (samt Anhängen 1.1 bis 3.4) beantragt.

### 2.1.2 Verfahrensablauf

Die Vorhabenträgerin hat bei der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr mit Schreiben vom 10.04.2025, eingegangen am 11.04.2025, die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens für die 5. Planänderung im Leitungsbereich des planfestgestellten Leitungsbauvorhabens der 380-kV-Leitung Conneforde – Landkreis Cloppenburg – Merzen / Neuenkirchen, Planfeststellungsabschnitt 5: Landkreisgrenze Cloppenburg / Osnabrück bis Merzen / Neuenkirchen) (Az.: 4123-05020-119) beantragt.

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr hat daraufhin eine UVP-Vorprüfung durchgeführt, bei der sie ausweislich des Vermerks vom 22.05.2025 zu dem Ergebnis kam, dass keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Dies wurde gern. § 5 Abs. 2 UVPG am 22.05.2025 im UVP-Verbund-Portal öffentlich bekanntgegeben.

Am 13.05.2025 wurden die Planunterlagen den Auslegungsgemeinden übersandt und das Anhörungsverfahren damit eingeleitet. 16 Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt werden, wurden am 13.05.2025 die Planunterlagen mit der Aufforderung übersandt, bis zum 23.07.2025 zu dem Verfahren Stellung zu nehmen.

Die Auslegung der Planunterlagen wie auch die Möglichkeit der elektronischen Einsichtnahme in die Planunterlagen wurde in den betroffenen Gemeinden unter Angabe der auszulegenden Unterlagen ortsüblich bekanntgemacht. Die nicht ortsansässigen Betroffenen wurden persönlich benachrichtigt. Ihnen wurde die Bekanntmachung über die Auslegung der Planunterlagen zugesandt.

Im Anschluss an die Bekanntmachung wurden die Planunterlagen im Internet veröffentlicht und waren im Zeitraum vom 10.06.2025 bis einschließlich zum 09.07.2025 in den Gemeinden, in denen sich das Vorhaben voraussichtlich auswirken wird, namentlich der Samtgemeinde Artland, der Samtgemeinde Bersenbrück, der Samtgemeinde Neuenkirchen und der Stadt Bramsche zur allgemeinen Einsichtnahme verfügbar. Einwendungen waren schriftlich oder nach vorheriger Terminabsprache zur Niederschrift bei den einzelnen Gemeinden bis zum 23.07.2025 einzureichen.

Daraufhin sind Stellungnahmen von acht Trägern öffentlicher Belange eingegangen. Private Betroffene haben keine Einwendungen erhoben.

Auf die Durchführung eines Erörterungstermins wurde gemäß § 43d Satz 1 EnWG i. V. m. § 76 Abs. 1 und Abs. 3 VwVfG verzichtet.



## **2.2 Rechtliche Bewertung**

### **2.2.1 Formalrechtliche Würdigung**

#### **2.2.1.1 Zuständigkeit**

Gemäß § 43 Abs. 1 Satz 1 EnWG, § 1 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung über Zuständigkeiten auf den Gebieten des Arbeitsschutz-, Immissionsschutz-, Sprengstoff-, Gentechnik- und Strahlenschutzrechts sowie in anderen Rechtsgebieten (ZustVO-Umwelt-Arbeitsschutz) i.V.m. Ziff. 11.1.1 der Anlage zu § 1 Abs. 1 ZustVO-Umwelt-Arbeitsschutz ist die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr für die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens zuständig. Intern obliegen diese Aufgaben dem Dezernat 41, Planfeststellung (vormals Stabsstelle Planfeststellung).

#### **2.2.1.2 Verfahrensrechtliche Bewertung**

Der Änderungsplanfeststellungsbeschluss beruht auf einem ordnungsgemäßen Verfahren. Die vorliegenden Änderungen im Bereich der planfestgestellten 380-kV-Leitung Conneforde – Landkreis Cloppenburg – Merzen / Neuenkirchen, Planfeststellungsabschnitt 5: Landkreisgrenze Cloppenburg / Osnabrück bis Merzen / Neuenkirchen sind planfeststellungsbedürftig. Die Errichtung und der Betrieb sowie die Änderungen von Hochspannungsleitungen mit einer Nennspannung von 110 kV oder mehr, bedürfen nach § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EnWG der Planfeststellung durch die nach Landesrecht zuständige Behörde. Dies gilt auch für die vorliegende Planänderung, mit der die Leitung selbst als auch die zu dem Vorhaben gehörenden Maßnahmenblätter geändert werden. Für das Planfeststellungsverfahren gelten die §§ 72 bis 78 VwVfG nach Maßgabe des Energiewirtschaftsgesetzes, hier insb. den §§ 43a bis 45b EnWG.

Bei Planänderungen nach Erlass eines Planfeststellungsbeschlusses und vor Fertigstellung des Vorhabens ist nach § 43d EnWG i.V.m. § 76 Abs. 1 VwVfG grundsätzlich ein neues Planfeststellungsverfahren durchzuführen. Handelt es sich um eine Planänderung von unwesentlicher Bedeutung, kann die Planfeststellungsbehörde unter den Voraussetzungen des § 76 Abs. 2 VwVfG von einem erneuten Planfeststellungsverfahren absehen oder mit Blick auf § 76 Abs. 3 VwVfG auf ein vereinfachtes Planfeststellungsverfahren zurückgreifen. In letzterem Fall bedarf es weder eines Anhörungsverfahrens noch einer öffentlichen Bekanntgabe des Planfeststellungsbeschlusses.

Die Planfeststellungsbehörde hat in Ausübung ihres pflichtgemäßen Ermessens bezüglich der beantragten Planänderung entschieden, ein ordentliches Planfeststellungsverfahren nach § 76 Abs. 1 VwVfG durchzuführen. Unter Abwägung der Zielsetzung und der Bedeutung des Vorhabens für das Gemeinwohl sowie des Interesses der Vorhabenträgerin an einer zügigen Realisierung des Vorhabens mit den Belangen der Betroffenen und der Allgemeinheit bestehen aus Sicht der Planfeststellungsbehörde Bedenken gegen die Durchführung eines vereinfachten Verfahrens.

Die Planfeststellungsbehörde geht davon aus, dass es sich bei der beantragten Planänderung nicht um eine wesentliche Änderung des ursprünglichen Plans handelt. Von einer unwesentlichen Änderung ist insbesondere dann auszugehen, wenn sie im Verhältnis zur abgeschlossenen Gesamtplanung unerheblich ist, also der Umfang, der Zweck sowie die Auswirkungen des Vorhabens im Wesentlichen gleich bleiben und nur bestimmte räumlich und sachlich abgrenzbare



Teile geändert werden sollen<sup>1</sup>. Darauf, ob die Belange einzelner Betroffener durch die Änderung stärker berührt werden als durch die ursprüngliche Planung, kommt es hingegen nicht an.<sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund sind die eingangs dargestellten Änderungen des planfestgestellten Vorhabens gemessen an der Gesamtplanung, welche den Neubau und Betrieb einer ca. 29 km langen 380-kV-Höchstspannungsfreileitung und zwei 380-kV-Erdkabeln von insgesamt 10,3 km Länge zum Inhalt hat, unerheblich. Die Anpassungen beziehen sich auf 29 Fundamente und drei Masten sowie die Wasserhaltungsmaßnahmen an den Freileitungsmasten sowie die Beantragung der Wasserhaltung (einschl. Einleitung) an der Kabelübergabestation (KÜS) Bohlenbach. Eine Inanspruchnahme neuer Flächen ist mit den Anpassungen nicht verbunden. Die mit der Anpassung der Mastgeometrie verbundenen Änderungen der elektrischen Feldstärken und der magnetischen Flussdichten im Bereich von zwei Spannungsfeldern sind gering, die Werte liegen weiterhin weit unterhalb der Grenzwerte der 26. BImSchV.

Allerdings sind neben diesen technischen Anpassungen des Planfeststellungsbeschlusses auch relevante Anpassungen Gegenstand der Planänderung. Dies gilt vornehmlich aufgrund der erstmaligen Beantragung der wasserrechtlichen Erlaubnisse, die für die bei der Errichtung der KÜS Bohlenbach notwendigen Wasserhaltungsmaßnahmen und die entsprechende Einleitung notwendig werden. Zudem wurde der Wasserrechtsantrag für die Errichtung der Freileitung angepasst, sodass die im Planfeststellungsbeschluss von 25.09.2024 (i. d. F. der 1. Planänderung vom 26.05.2025) erteilten wasserrechtlichen Erlaubnisse insoweit abzuändern sind. Dies betrifft die Wasserhaltung an einer Vielzahl von Freileitungsmasten, wobei die Gesamtentnahmemenge insgesamt sowie die Entnahmedauer an zwei Fundamenten erhöht wird.

Mit den – inhaltlich nur geringfügigen – Anpassungen sind gleichwohl Änderungen der (bereits im Planfeststellungsbeschluss und den Anlagen 3 bis 7 der Antragsunterlagen benannten) Grundstücksbetroffenheiten verbunden. Eine direkte Einzelbeteiligung aller Betroffenen wäre mit einem hohen Aufwand und mit Verzögerungen verbunden. Daher erscheint die Auslegung vorzugswürdig, um alle Betroffenen im Verfahren mit zumutbarem Aufwand rechtssicher zu beteiligen und dennoch den zeitlichen Rahmen für das Beteiligungsverfahren in angemessener Art und Weise zu begrenzen.

Gemäß § 43d VwVfG i.V.m. § 76 Abs. 1 VwVfG kann auf die Durchführung der Erörterung im Sinne des § 73 Abs. 6 VwVfG und des § 18 Abs. 1 Satz 4 UVPG verzichtet werden. Dabei hat die Planfeststellungsbehörde das Interesse an einer Verfahrensbeschleunigung gegenüber dem Interesse an einer Erörterung der Einwendungen und Stellungnahmen abgewogen. Unter Berücksichtigung des Umfangs und der Inhalte der Planänderung kam die Planfeststellungsbehörde dabei zu dem Ergebnis, dass eine Erörterung zu keinen neuen Erkenntnissen führen würde, die für das gegenständliche Verfahren relevant sein könnten. Ferner wurden keine Konflikte erkannt, die im Rahmen des Erörterungstermins gelöst werden könnten.

## **2.2.2 Umweltverträglichkeitsprüfung**

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung war nicht durchzuführen. Nach § 9 Abs. 1 UVPG besteht eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung auch für die Änderung eines Vorhabens, für das als solches – wie für den Neubau und Betrieb einer 380-kV-Stromleitung – bereits eine UVP-Pflicht besteht, wenn

<sup>1</sup> BVerwG, Urt. v. 17.12.2009 – 7 A 7.09, juris Rn. 22 (unter Verweis auf BVerwG, Urt. v. 16.12.1988 – 4 C 40.86, juris Rn. 37).

<sup>2</sup> BVerwG, Urt. v. 17.12.2009 – 7 A 7.09, juris Rn. 22.



- allein die Änderung die Größen- oder Leistungswerte für eine unbedingte UVP-Pflicht gemäß § 6 UVPG erreicht oder überschreitet
- oder die allgemeine Vorprüfung ergibt, dass die Änderung zusätzliche erhebliche nachteilige oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann.

Diese Voraussetzungen liegen für die hiesige Planänderung nicht vor.

Bei den unter Ziff. 2.1.1 beschriebenen Änderungen des Plans handelt es sich lediglich um geringfügige Anpassungen. Diese wirken sich nicht derart auf die Länge der Höchstspannungsleitung aus, dass Größenwerte in Rede stehen, welche für sich genommen eine UVP-Pflicht nach § 6 i.V.m. Ziff. 19.1.1 der Anlage 1 UVPG begründen.

Davon ausgehend wurde eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 4 und § 7 UVPG nach Maßgabe der Kriterien der Anlage 3 UVPG durchgeführt. Dabei wurden gemäß § 7 Abs. 5 Satz 1 UVPG die von der Vorhabenträgerin vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung von Umweltauswirkungen berücksichtigt.

Die durch die Fundamentänderung indizierten, im Rahmen der Wasserhaltung auftretenden Absenktiefen verringern sich im Verhältnis zum planfestgestellten Niveau. Die Boden- bzw. Vollversiegelung durch die sichtbaren Fundamentköpfe hat sich mit einer Ausnahme nicht geändert. Allein bei Mast Nr. 3 vergrößert sich der Durchmesser der sichtbaren Fundamentköpfe um 0,2 m. Durch die Änderung der Fundamente ergeben sich Änderungen hinsichtlich der unter Flur liegenden Fundamentplatten, die daraus resultierenden Teilversiegelungsfläche sinkt um ca. 24,8 m<sup>2</sup>. Die infolge der Änderung der Mastgeometrien angepassten immissionsschutzrechtlichen Berechnungen in den Spannungsfeldern zwischen Masten Nr. 39 – Nr. 40 und Masten Nr. 1046 – Nr. 46 zeigen ebenfalls nur geringfügige Veränderungen im Verhältnis zum planfestgestellten Stand; die Grenzwerte der 26. BImSchV werden weiterhin maßgeblich unterschritten. Zudem erhöhen sich durch die Änderung der wasserrechtlichen Erlaubnisse für die Freileitung und die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnisse für die Wasserhaltung und -einleitung an der KÜS Bohlenhach die entnommenen und eingeleiteten Wassermengen sowie, teilweise, die Reichweite Absenktrichter. Die Auswirkungen sind jedoch, insbes. mit Blick auf die Entnahme von Wasser im Vergleich zur vorhandenen Dargebotsreserve des betroffenen Grundwasserkörpers, gering und von nur verhältnismäßig kurzzeitiger Dauer.

Damit sind aufgrund der Anpassungen der Mastfundamente und der Mastgeometrien – und der damit verbundenen Auswirkungen auf die Wasserhaltungen und die immissionsschutzrechtlichen Berechnungen – sowie der für die Errichtung der KÜS Bohlenbach erstmalig zu erteilenden wasserrechtlichen Erlaubnisse im Vergleich zu den im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses betrachteten Umweltauswirkungen zusätzliche erhebliche Umweltauswirkungen nicht zu erwarten.

Im Ergebnis der Vorprüfung sind ausweislich des Prüfvermerks vom 22.05.2025 keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten. Da sich an der zur Planfeststellung beantragten Planänderung im Verlauf des Änderungsplanfeststellungsverfahrens nichts Wesentliches geändert hat, kann nach wie vor auf diese Vorprüfung verwiesen werden.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Vgl. zum Maßstab, dass „Änderungen im Verlaufe des Planungsprozesses ein Ausmaß erreicht haben [müssen], welche das Ergebnis der UVP-Vorprüfung nicht mehr als tragfähig erscheinen“ lassen, BVerwG, Urt. v. 24.05.2018 – 4 C 4.17, juris Rn. 21.





Insgesamt ist daher nicht von erheblichen Umweltauswirkungen im Sinne des § 7 Abs. 1 UVPG auszugehen. Eine UVP konnte mithin unterbleiben. Dieses Ergebnis wurde durch Veröffentlichung des UVP-Vermerks im UVP-Verbund-Portal am 22.05.2025 bekanntgegeben.

### **2.2.3 Materiell-rechtliche Würdigung**

Die Planfeststellungsbehörde kommt zu dem Ergebnis, dass die beantragte Planänderung im 380-kV-Leitung Conneforde – Landkreis Cloppenburg – Merzen / Neuenkirchen, Planfeststellungsabschnitt 5: Landkreisgrenze Cloppenburg / Osnabrück bis Merzen / Neuenkirchen mit dem materiellen Recht in Einklang steht, sodass die Durchführung des planfestgestellten Vorhabens in geänderter Form zulässig ist.

Der Umfang der materiell-rechtlichen Prüfung wird durch das Fachplanungsrecht und die Wirkungen der Planfeststellung bestimmt. Durch die Planfeststellung wird die Zulässigkeit des Vorhabens einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen im Hinblick auf alle von ihm berührten öffentlichen Belange festgestellt und werden alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen der Vorhabenträgerin und den durch den Plan Betroffenen rechtsgestaltend geregelt. Neben der Planfeststellung sind andere behördliche Entscheidungen, insb. öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen und Planfeststellungen nicht erforderlich. Der Planfeststellungsbeschluss ersetzt sämtliche der ansonsten erforderlichen Genehmigungen (sog. Konzentrationswirkung, § 75 Abs. 1 Satz 1 Hs. 2 VwVfG). Deshalb ist neben dem EnWG das gesamte berührte öffentliche Recht bei der Prüfung der Zulässigkeit des Vorhabens entweder zwingend zu beachten oder in der nach § 43 Abs. 3 Satz 1 EnWG erforderlichen Abwägung zu berücksichtigen.

Prüfgegenstand war vorliegend lediglich die von der Vorhabenträgerin beantragte Planänderung, die im Übrigen den Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 in der geänderten Fassung vom 05.02.2025, 26.02.2025, 26.05.2025 und 26.09.2025 unberührt lässt. Soll ein bereits bestandskräftiger Planfeststellungsbeschluss geändert werden, ist dies nur auf Initiative des Vorhabenträgers oder über die Vorschriften der §§ 48, 49 VwVfG möglich<sup>4</sup>. Daher ist die bisherige Planung, soweit sie bereits planfestgestellt ist und nicht geändert werden soll, der Anwendung des materiellen Rechts im Rahmen dieses Planänderungsverfahrens als Teil des Ausgangszustands und der Vorbelastung zugrunde zu legen. Ausgehend davon hält sich das Planvorhaben in den vom materiellen Recht gesetzten Grenzen. Gesetzliche Hinderungsgründe bestehen weder in Form höherstufiger zwingender Planungen noch in Form zwingender Rechtsvorschriften, sodass die Planfeststellungsbehörde in die Abwägung eintreten konnte.

#### **2.2.1.1 Planrechtfertigung**

Die Planänderung ist objektiv gerechtfertigt. Im Falle einer Planänderung muss nicht die Planänderung als solche im Sinne einer Planrechtfertigung erforderlich sein. Vielmehr muss für das Vorhaben in seiner geänderten Gestalt gemessen an den Zielsetzungen des jeweiligen Fachplanungsgesetzes ein Bedarf bestehen. Maßgeblich ist hierbei der ursprüngliche Plan in der Gestalt, die er durch den Änderungsbeschluss erhält.<sup>5</sup>

Die Planrechtfertigung ergibt sich mithin bereits daraus, dass der hiesige Planfeststellungsabschnitt 5 als Teil des Neubaus der 380-kV-Höchstspannungsleitung Conneforde – Landkreis Cloppenburg – Merzen / Neuenkirchen in (CCM) den Bedarfsplan nach § 1 Abs. 1 Satz 1 BBPlG i. V. m. Nr. 6 der Anlage zum BBPlG aufgenommen wurde. Die Planrechtfertigung umfasst auch

<sup>4</sup> BVerwG, Urt. v. 19.12.2017 – 3 A 8.15, juris, Rn. 23.

<sup>5</sup> BVerwG, Urt. v. 17.12.2009 – 7 A 7.09, juris Rn. 27.



den Neubau der Kabelübergabestationen Quakenbrück (Stations-Nr. 1230), Bohlenbach (Stations-Nr. 1231), Sitter (Stations-Nr. 1223) und Krähenberg (Stations-Nr. 1228). Damit steht die Planrechtfertigung für die Maßnahmen, die Bestandteil des Vorhabens CCM und des vorliegenden Abschnitts 5 der 380-kV-Leitung von der Landkreisgrenze Cloppenburg / Osnabrück bis Merzen / Neuenkirchen sind, verbindlich fest.<sup>6</sup>

Diese durch den Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 für das Gesamtvorhaben festgestellte Planrechtfertigung erstreckt sich auch auf das geänderte Vorhaben, da durch die Planänderung weder die Gesamtkonzeption noch wesentliche Teile des übrigen Planinhalts in Frage gestellt werden.<sup>7</sup> Die zur Verwirklichung des Vorhabens erforderliche Planänderung betrifft vornehmlich kleinräumige und/ oder geringfügige Anpassungen des planfestgestellten Vorhabens und ergänzt den wasserrechtlichen Antrag für erlaubnispflichtige Maßnahmen im Zuge der Errichtung der Freileitung auf Grundlage der Ergebnisse der Baugrunduntersuchung sowie der Errichtung der KÜS Bohlenbach. Ernsthafte Zweifel am Bedarf des Gesamtvorhabens werden hierdurch nicht hervorgerufen, sodass das Planvorhaben in seiner geänderten Gestalt weiterhin dem bedarfsgerechten Ausbau des Leitungsnetzes und damit dem gleichen Planungsziel wie das ursprüngliche Vorhaben dient.<sup>8</sup>

#### **2.2.1.2 Planungsalternativen**

Für die im Rahmen der vorliegenden 5. Planänderung vorgelegten Anpassungen der Planung sind keine Planungsalternativen ersichtlich. Es handelt sich bei den Inhalten der Planänderung vornehmlich um kleinräumige und geringfügige Anpassungen der Planung bzw. um Ergänzungen der bereits im Planfeststellungsbeschluss bewerteten und abgewogenen Planungsgegenstände. Der Trassenverlauf der Freileitung und des Erdkabels werden ebenso wenig modifiziert wie die Standorte der KÜS.

Die Abwägungsentscheidung des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024 in der geänderten Fassung vom 05.02.2025, 26.02.2025, 26.05.2025 und 26.09.2025 einschließlich der darin erfolgten Variantenprüfung wird durch die Planänderung nicht in Frage gestellt, sodass die dortigen Ausführungen unverändert bestehen bleiben. Die geringfügigen Anpassungen, insbesondere mit Blick auf die Mastfundamente und Mastgeometrien sowie die Anpassungen der Wasserhaltungsmaßnahmen (einschl. Einleitung) für die Errichtung der Freileitungsmasten bzw. die Beantragung von wasserrechtlichen Erlaubnissen (Wasserhaltung, Einleitung) im Bereich der KÜS Bohlenbach führen zu keiner Änderung der Bewertung. Dies gilt umso mehr, sofern sich die Anpassungen auf Detailfragen beziehen.

Die Variantenentscheidungen wären daher nicht anders ausgefallen, wenn die hier zugelassene Änderung schon Bestandteil der Ausgangsplanung gewesen wäre: Die mit der 5. Planänderung zugelassenen Änderungen betreffen auch solche Bereiche, in denen in den ursprünglichen Antragsunterlagen und im Planfeststellungsbeschluss kleinräumige Varianten geprüft worden sind.

Die kleinräumigen Varianten Giersfeld betreffen den Leitungsverlauf zwischen Masten Nr. 13 und Nr. 16. Die kleinräumigen Varianten Startener Holz betreffen den Bereich zwischen Mast Nr. 20 bis Nr. 22 und der KÜS Krähenberg. Die mit der 5. Planänderung vorgenommenen Anpassungen

<sup>6</sup> Vgl. BVerwG, Urt. v. 22.06.2017 – 4 A 18.16, juris Rn. 17 m. w. N.

<sup>7</sup> Vgl. BVerwG, Urt. v. 05.12.1986 – 4 C 13.85, juris Rn. 24; Wysk, in: Kopp/Ramsauer (Hrsg.), VwVfG Kommentar, 22. Aufl. 2021, § 76 Rn. 4 m.w.N.

<sup>8</sup> Vgl. BVerwG, Urt. v. 17.12.2009 – 7 A 7.09, juris Rn. 29.





der Fundamente (und der damit verbundenen Wasserhaltungsmaßnahmen) und Mastgeometrien sowie die wasserrechtlichen Anträge für die KÜS Bohlenbach betreffen diese Bereiche nicht.

Schließlich handelt es sich bei den durch die 5. Planänderung vorgenommenen Änderungen der Planung vornehmlich um Detailfragen, die nicht geeignet sind, die Abwägungsentscheidung zu tangieren. Schutzgüter des UVPG werden infolge der Anpassungen der Planung nicht relevant tangiert, insoweit ergibt sich im Vergleich zum Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 keine abweichende oder ergänzende Bewertung. Weder die infolge der Planänderung erfolgte Anpassung von Fundamenten und Mastgeometrien noch die Anpassungen der Wasserhaltungsmaßnahmen sind daher geeignet, die Abwägungsentscheidung des Planfeststellungsbeschlusses (vgl. für die Variantenprüfung insbes. Ziff. 2.2.3.16.2.2.2.7.3, Ziff. 2.2.3.16.2.2.2.7.4) und Anlage 11.01-A, Kap. 3.5.1 und Kap. 3.5.2 der Antragsunterlagen infrage zu stellen.

Durch die mit der Planänderung beantragte wasserrechtliche Erlaubnis für die Gewässerbenutzungen im Rahmen der Errichtung der KÜS Bohlenbach ergibt sich keine von den Ausführungen im Planfeststellungsbeschluss (vgl. dort Ziff. 2.2.3.16.2.2.2.7.8) und den Antragsunterlagen (Anlage 11.01-A, Kap. 3.6) abweichende Standortauswahl für die KÜS. Die Eignung der Standorte für die KÜS wird nach der Überzeugung der Planfeststellungsbehörde – insbes. mit Blick auf die im Planfeststellungsbeschluss beschriebenen Eignungskriterien – durch die Planänderung nicht infrage gestellt.

### **2.2.1.3 Äußere Planungsgrenzen**

Das Vorhaben genügt in der Gestalt dieses Änderungsplanfeststellungsbeschlusses den zu beachtenden zwingenden rechtlichen Vorgaben.

#### **2.2.3.3.1 Bodenschutz**

Das planfestgestellte Vorhaben in Gestalt der 5. Planänderung ist mit den Vorgaben des Bodenschutzes vereinbar.

Infolge der 5. Planänderung hat sich die Boden- bzw. Vollversiegelung durch die sichtbaren Fundamentköpfe für den Großteil der Masten nicht geändert. Lediglich bei Mast Nr. 3 vergrößert sich der Durchmesser der sichtbaren Fundamentköpfe um 0,2 m. Durch die Änderung der Fundamente ergeben sich ferner Änderungen hinsichtlich der unter Flur liegenden Fundamentplatten, welche zu einer Teilversiegelung führen. Die Teilversiegelungsfläche sinkt insgesamt um ca. 24,8 m<sup>2</sup>. Damit fallen und die Bodenbeeinträchtigungen und der daraus resultierende Kompensationsbedarf hinter das Maß zurück, das mit dem Änderungsbeschluss zur 1. Planänderung planfestgestellt wurde. Die Vorhabenträgerin hat aufgrund dieser nur geringfügigen Reduzierung insoweit auf eine nochmalige Anpassung der Planunterlagen verzichtet und nimmt die damit einhergehende (ebenfalls geringfügige) Überkompensation in Kauf.

#### **2.2.3.3.2 Gewässer und Wasserwirtschaft**

Das planfestgestellte Vorhaben in Gestalt seiner 5. Planänderung entspricht weiterhin den Vorgaben des Wasserrechts (WHG).



#### **2.2.3.3.1 Anpassungen der wasserrechtlichen Erlaubnisse und Genehmigungen aus dem Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 und der 1. Planänderung vom 26.05.2025**

Die mit der 5. Planänderung einhergehenden Anpassungen der wasserrechtlichen Erlaubnisse für die Wasserbenutzungen im Rahmen der Errichtung der Freileitungsmasten (Anlage 9.8.3 einschl. Anhänge) sind mit dem wasserrechtlichen Verschlechterungsverbot und mit dem wasserrechtlichen Verbesserungsgebot vereinbar. Dem Trendumkehrgebot wird Rechnung getragen.

Mit dem Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 wurden wasserrechtliche Erlaubnisse nach § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 4, Nr. 5, §§ 12, 13 WHG unter Ziff. 1.2 erteilt. Die Vereinbarkeit des Vorhabens, einschl. seiner baubedingten Auswirkungen mit den Vorgaben der WRRL wurde unter Ziff. 2.2.3.7, insbes. Ziff. 2.2.3.7.6, des Planfeststellungsbeschlusses und in Anlage 9.7 (Fachbeitrag WRRL) der Antragsunterlagen untersucht. Auf diese Darstellungen wird verwiesen. Im Änderungsplanfeststellungsbeschluss zur 1. Planänderung vom 26.05.2025 wurden die wasserrechtlichen Erlaubnisse unter Ziff. 1.5 modifiziert, die Vereinbarkeit dieser Anpassungen mit Vorgaben des WHG wurde unter Ziff. 2.2.3 und 2.3 des Planänderungsbeschlusses bestätigt, auf die ebenfalls verwiesen wird.

##### Beschreibung der Auswirkungen

Durch die Baugrunduntersuchungen und die daraus folgende Anpassung der Fundamente kommt es an insgesamt 32 Mastbaustellen (29 der Bl. 4377 und drei der Bl. 0751) zu *Änderungen der ursprünglich konzipierten Wasserhaltungsmaßnahmen*. Die Beantragung der wasserrechtlichen Erlaubnisse für die Errichtung der Freileitung wurde daher in Anlage 9.8.3 angepasst. Die Anpassungen der Wasserhaltungsmaßnahmen sind jedoch überwiegend gering und halten sich im Rahmen des bereits im Planfeststellungs- bzw. Planänderungsverfahren bewerteten Ausmaßes.

Im ursprünglichen Wasserrechtsantrag und damit auch im Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 waren geschlossene Wasserhaltungen an 42 der 53 380-kV-Mastbaustellen und an zwei der drei 110-kV-Mastbaustellen vorgesehen. Auf der Grundlage der 5. Planänderung (die insoweit jedoch nur den Status der 1. Planänderung verstetigt) sind an 45 380-kV- und an allen drei 110-kV-Mastbaustellen geschlossene Wasserhaltungen vorgesehen. Die Dimensionierung der Wasserhaltungsmaßnahmen erhöht sich im Vergleich zu den ursprünglich (Planfeststellungsbeschluss i. d. F. der 1. Planänderung) beantragten Wasserhaltungen in einer überwiegenden Zahl der Fälle, wobei bei 19 Mastbaustellen eine Erhöhung und bei 10 Mastbaustellen eine Reduzierung der prognostizierten Fördermenge zu erwarten ist (vgl. Anlage 9.8.3, Tabelle 8). Bei 24 Masten erhöht sich die Absenkungsreichweite der Absenkrichter, bei 10 Masten reduziert sie sich (vgl. Anlage 9.8.3, Tabelle 8).

Insgesamt erhöht sich die maximale Wasserfördermenge für den Freileitungsneubau (gemessen pro 30 Tage bzw. zusätzlich für zwei Mastbaustellen pro 80 Tage) von ca. 1.879.200 m<sup>3</sup> (nach dem Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024) bzw. ca. 1.789.200 m<sup>3</sup> (nach der 1. Planänderung) auf ca. 1.964.880 m<sup>3</sup>. Diese mit der 5. Planänderung erfolgende Erhöhung bewegt sich gleichwohl noch innerhalb der von der Vorhabenträgerin i. R. d. Bewertung der WRRL ursprünglich angenommenen Dimensionen: Denn an der durch die Vorhabenträgerin als worst-case-Szenario prognostizierten Fördermenge von etwa 10 m<sup>3</sup>/h bis 120 m<sup>3</sup>/h pro Maststandort ändert sich durch die 5. Planänderung nichts (vgl. Anlage 9.8.3, Kap. 5, S. 30).



### Bewertung der Auswirkungen

Trotz der insgesamt Erhöhung der Fördermenge bleibt es bei der im Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 (vgl. dort insbes. Ziff. 2.2.3.7.6) getroffenen Bewertung, dass das Vorhaben in Gestalt der 5. Planänderung den §§ 27, 47 WHG und den übrigen Vorgaben des WHG entspricht.

Das Einvernehmen der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Osnabrück zum im Rahmen der 5. Planänderung geänderten Wasserrechtsantrag der Vorhabenträgerin wurde mit Schreiben vom 31.07.2025 erteilt.

Die Anpassungen der Wasserhaltungen wirken sich lediglich auf die Bewertung von *baubedingten* (Neubau Bl. 4377 und Bl. 0751) Auswirkungen auf Oberflächengewässerkörper (OWK) und Grundwasserkörper (GWK) aus. Mit anlagebedingten Auswirkungen ist nicht zu rechnen, da die anlagebedingten Wirkfaktoren, insbes. das Ausmaß der Versiegelung, infolge der vorliegenden Planänderung nicht modifiziert werden.

Infolge der Anpassung der Wasserhaltungsmaßnahmen entsteht kein Widerspruch zu der im Planfeststellungsbeschluss getroffenen Bewertung, dass das Vorhaben dem *Verschlechterungsverbot*, §§ 27 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 Nr. 1 WHG, § 47 Abs. 1 Nr. 1 WHG entspricht.

Mit Blick auf die betroffenen OWK (einschließlich Kleingewässer) war insoweit eine aktualisierte Betrachtung möglicher Verschlechterungen infolge der Absenkung des Wasserstandes der OWK und der Einleitungen des Wassers vorzunehmen. Für eine genaue Beschreibung der OWK und der maßgeblichen Wirkfaktoren wird auf den Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024, dort Kap. 2.2.3.7.6.1.1.1 ff. und Anlage 9.7 verwiesen.

Die Planfeststellungsbehörde ist zu dem Ergebnis gekommen, dass Verschlechterungen der OWK aufgrund der infolge der 5. Planänderung geringfügig erhöhten Absenkung des Grundwasserstandes ausgeschlossen werden können. Die Erhöhung der Wassermengen führt nicht zu einer wesentlichen Veränderung der in Anlage 9.7. durch die Vorhabenträgerin ursprünglich vorgenommenen Bewertung. Dies ist vornehmlich auf die räumlich und zeitlich stark begrenzten Absenkungen des Grundwassers zurückzuführen. Die betroffenen OWK liegen größtenteils allenfalls im äußeren Bereich des (asymptotischen) Absenktrichters, in dem überhaupt nur noch wenige Kubikmeter des Grundwassers gefördert werden. Die tatsächliche Absenkung ist auch infolge der Anpassungen der 5. Planänderungen noch gering bzw. entspricht weiterhin der mittleren Jahreschwankung des Grundwassers. Überdies sind die Grundwasserabsenkungen nur temporär, sodass es nicht zu einer längerfristigen Änderung des hydraulischen Gefälles kommt. Da die erforderlichen Grundwasserabsenkungen zeitlich auf die Baumaßnahme sowie örtlich auf die Bereiche um die Baugruben bzw. das Regelprofil beschränkt sind, können sich nach Abschluss der Wasserhaltungsmaßnahmen die ursprünglichen Grundwasserstände zeitnah wieder einstellen. Zudem erfolgt die Gründung der Masten nicht gleichzeitig, sondern Mast für Mast, sodass nicht an allen Standorten gleichzeitig eine Wasserhaltung notwendig wird.

Auch infolge der Einleitung sind Verschlechterungen der GWK nicht zu erwarten. Das einzuleitende Wasser wird vor der Einleitung untersucht und falls erforderlich, werden Reinigungsmaßnahmen vorgenommen. Überdies trägt die Planung der Einleitstellen dem Erosionsschutz sowie der Vermeidung der hydraulischen Überlastung der Fließgewässer Rechnung (vgl. Anlage 9.7, Kap. 5.3, S. 28). Insoweit wird auf das im Wasserrechtsantrag geschilderte Konzept, die vorgesehenen Vermeidungsmaßnahmen (insbes. 1.6  $V_{(FFH)}$  und 1.7  $V_{(FFH)}$  sowie ergänzend 1.1 V, 1.2 V, 1.3 V, 1.5  $V_{(FFH)}$ , Anlage 10.2) sowie die Nebenbestimmungen im Planfeststellungsbeschluss



(insbes. unter Ziff. 1.1.3.2.7.1 ff.) und im vorliegenden Planänderungsbeschluss unter Ziff. 1.5 verwiesen.

Infolge des Vorhabens ist mit Auswirkungen auf die GWK „Hase links Lockergestein“ und „Große Aa“ zu rechnen, wobei hier zu prüfen war, ob es infolge des Baus der Freileitung (Bl. 4377 und Bl. 0751) in Gestalt der 5. Planänderung in Form der Wasserhaltung und der Gründungsarbeiten zu Verschlechterungen kommt. Für eine genaue Beschreibung der GWK und der Wirkfaktoren wird auf den Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024, dort Kap. 2.2.3.7.6.1.2 ff. und Anlage 9.7 verwiesen.

Die im Zuge der 5. Planänderung modifizierten Wasserhaltungen führen weiterhin lediglich zu kurzzeitigen, lokal begrenzten Änderungen des Grundwasserstandes in den GWK. Im Vergleich zu der nutzbaren Dargebotsreserve der betroffenen Grundwasserkörper von ca. 5,18 Mio. m<sup>3</sup>/a (Große Aa) sowie 19,04 Mio. m<sup>3</sup>/a (Hase links Lockergestein) ist die Entnahme von oberflächennahem Grundwasser als geringfügig zu bewerten. Zudem werden die Grundwasserabsenkungen nicht gleichzeitig auf der gesamten Trasse durchgeführt, sondern grundsätzlich nacheinander abhängig von Baufortschritt, Bedarf und Baulos. Die Form der Absenkrichter bei einer geschlossenen Wasserhaltung entspricht einer Hyperbel und flacht somit mit zunehmender Entfernung vom Ort der Absenkung stark ab. Daher sind die direkten Auswirkungen einer Grundwasserabsenkung räumlich stark begrenzt. Nach Abschluss der Baumaßnahmen werden die Wasserhaltungsmaßnahmen eingestellt, sodass sich die ursprünglichen Grundwasserverhältnisse zeitnah wieder einstellen. Die ursprünglich vorgesehenen Wasserhaltungsmaßnahmen (einschl. KÜS) entsprachen 1,3 % der jährlichen Grundwasserneubildungsrate, durch die 5. Planänderung erhöht sich dieser Wert auf (nur) 1,5 %. Auswirkungen auf den mengenmäßigen Zustand der betroffenen GWK können daher ausgeschlossen werden. Selbiges gilt für Auswirkungen auf den Chemismus des Grundwassers, insbes. unter Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen 1.1V bis 1.4V sowie 1.6V<sub>(FFH)</sub> (Anlage 11.2). Auch infolge der – geringfügig geänderten – Gründungsmaßnahmen sind Verschlechterungen des mengenmäßigen und des chemischen Zustands der Grundwasserkörper zu erwarten.

Das Vorhaben steht auch nicht im Widerspruch zu dem *Verbesserungsgebot* des § 27 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Nr. 2 WHG, § 47 Abs. 1 Nr. 3 WHG. Die zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele vorgesehenen Maßnahmen werden auch infolge der Erhöhung der Gesamtentnahmemenge nicht behindert. Die Wirkungen sind zeitlich weiterhin stark auf die Bauphase beschränkt und daher nicht geeignet, die Erreichung dieser Ziele zu be- oder verhindern. Auf die Ausführungen im Planfeststellungsbeschluss unter Ziff. 2.2.3.7.6.1.2.3 wird verwiesen.

Auch an der Bewertung, dass das Vorhaben dem *Trendumkehrgebot* nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 WHG entspricht, ändert sich infolge der 5. Planänderung nichts. Die bau- und anlagebedingten Auswirkungen sind – weiterhin – nur gering. Insoweit wird auf die Ausführungen im Planfeststellungsbeschluss unter Ziff. 2.2.3.7.6.1.2.4 verwiesen.

Im Rahmen der 5. Planänderung werden die Fundamente der Masten Nr. 26 und Nr. 28 angepasst. Beide Masten befinden sich innerhalb des *Trinkwassergewinnungsgebiets* (TGG) Ahausen-Sitter (Gebietsnummer 03459402102). Dieser Umstand (Masten Nr. 23 bis Nr. 28 innerhalb des TGG) wurde bereits im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024 betrachtet und bewertet. Insoweit wird auf die dortigen Ausführungen unter Ziff. 2.2.2.2.3.5.3 (allgemein zum TGG Ahausen-Sitter) und Ziff. 2.4.1.27 (Erwiderung auf Stellungnahme des WBV Bersenbrück im Ausgangsverfahren) sowie die Nebenbestimmungen unter Ziff. 1.1.3.2.7.18 bis Ziff. 1.1.3.2.7.21 verwiesen. Infolge der 5. Planänderung werden (lediglich) die Fundamente der Masten Nr. 26 und Nr. 28 von einem Zwillingsbohrpfahlfundament zu einem Dreifachbohrpfahlfundament geändert, die Abmessungen verändern sich demzufolge ebenfalls (geringfügig). Eine – von der bereits





erfolgten Bewertung abweichende und/ oder neuartige – Beeinträchtigung des TGG ist aufgrund dieser geringfügigen Anpassung nicht zu erwarten. Dass die Vorgaben des WHG und der VwVwS sowie der Schutzgebietsverordnung einzuhalten sind, ergibt sich aus dem ohnehin zu beachtenden materiellen (Wasser-)Recht; dies wird ergänzend durch die Nebenbestimmungen im o.g. Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 sowie Ergänzung unter Ziff. 1.3.3 dieses Planänderungsbeschlusses gewährleistet.

Die im Planfeststellungsbeschluss bestätigte Einhaltung der *übrigen wasserrechtlichen Vorgaben* des WHG und des NWG (insbes. § 36 Abs. 1 WHG, §§ 68 Abs. 1 i. V. m. § 67 Abs. 2 WHG, § 38 Abs. 3 WHG i.V.m. § 58 NWG sowie Vorgaben zu Überschwemmungsgebieten) wird durch die 5. Planänderung und die Änderung des wasserrechtlichen Antrags für die Errichtung der Freileitung nicht tangiert. Auf die Ausführungen unter Ziff. 2.2.3.7.1 bis Ziff. 2.2.7.5 des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024 wird verwiesen.

#### **2.2.3.3.3.2 Errichtung und Wasserhaltungsmaßnahmen an der KÜS Bohlenbach**

Neben der Änderung der bereits im Planfeststellungsbeschluss von 25.09.2024 erteilen wasserrechtlichen Erlaubnisse wurden mit der 5. Planänderung die wasserrechtlichen Erlaubnisse für die Wasserhaltung und -einleitung im Rahmen des Baus der KÜS Bohlenbach beantragt (Anlage 9.11).

##### Beschreibung der Auswirkungen

Unmittelbar an der östlichen Grundstücksgrenze der KÜS verläuft der Bohlenbach, ein sonstiges Gewässer. Der Bohlenbach entwässert in den Lagenbach (der wiederum Teil der OWK Linksseitiger Grundabzug und Langenbach ist). Die KÜS wird innerhalb des Grundwasserkörpers „Hase links Lockergestein“ errichtet (vgl. dazu insbes. Ziff. 2.2.3.7.6.1.2.1 des Planfeststellungsbeschlusses).

Die KÜS Bohlenbach weist die Besonderheit auf, dass hier – aufgrund der Länge der Erdkabelabschnitte – die Notwendigkeit des Aufstellens einer Drosselspule zur Blindleistungskompensation besteht. Der Platzbedarf der KÜS verdreifacht sich somit im Vergleich zu üblichen KÜS. Der mit der 5. Planänderung eingereichte Wasserrechtsantrag (Anlage 9.11) zeigt, dass die KÜS Bohlenbach in neun Bauabschnitten errichtet werden soll, die zwischen vier bis 16 Wochen in Anspruch nehmen. Insgesamt wird eine Bauzeit von 76 Wochen veranschlagt, wobei die Grundwasserhaltung pro Bauabschnitt auf die Dauer der Bauzeit plus eine Vorlaufzeit von ca. 10 Tagen veranschlagt wird (vgl. Anlage 9.11, Kap. 2.4 und Tabelle 2). Damit verlängert sich die Bauzeit der KÜS Bohlenbach im Vergleich zu der im Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 ursprünglich prognostizierten Dauer von neun Monaten auf ca. 17,5 Monate (vgl. Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2025, Kap. 2.2.3.7.6.1.2.2.1, Anlage 9.7, Kap. 4.4). Teilweise können die Bauabschnitte laut Vorhabenträgerin auch parallel laufen, sodass nach derzeitigem Stand der Planung (jedenfalls geringfügige) Verkürzungen der Bauzeit auf insgesamt ca. 16 Monate möglich sind.

Die Fundamente der KÜS werden in einer Tiefe von 0,8 m bis 2,0 m u. GOK errichtet, lediglich der Löschwaschbehälter soll in einer Tiefe von 5,0 m u. GOK abgesetzt werden.

Laut wasserrechtlichem Antrag in Anlage 9.11 ist in allen Bauabschnitten eine geschlossene Wasserhaltung mit Fördermengen von zwischen ca. 439 m<sup>3</sup> bis ca. 1.798 m<sup>3</sup> pro Tag vorgesehen (Tabelle 6). Die Gesamtmenge  $Q_{\text{ges}}$  beträgt ca. 818.386 m<sup>3</sup> auf 602 Tage Grundwasserabsenkung. Die Vorhabenträgerin rechnet mit Reichweiten der Absenke-trichter von 27 m bis max. 101 m, wobei



der Großteil der Bauabschnitte geringere Absenktrichter aufweist (Bauabschnitt 1 bis 3: 51 m; Bauabschnitt 5 bis 7: 65 m und Bauabschnitt 8 bis 9: 27 m); der Absenktrichter von 101 m ergibt sich nur im Bauabschnitt 4 um den Löschwasserbehälter (Anlage 9.11, Kap. 5.3, Tabelle 7). Außerhalb der Baufläche wird das Grundwasser nicht beeinflusst. Der wasserrechtliche Antrag beschreibt ferner, dass sich im Umkreis der Fläche des geplanten Bauvorhabens landwirtschaftlich genutzte Flächen ohne bestehende bauliche Anlagen und damit keine schutzbedürftigen Flächen befinden.

Ausweislich des Wasserrechtsantrags ist geplant, das entnommene Grundwasser in den Bohlenbach einzuleiten. Eine Beschreibung der Einleitung (insbes. Schutz der Böschung im Bereich der Einleitstelle sowie deren konkrete Verortung) kann dem Wasserrechtsantrag in Anlage 9.11, Kap. 6 und Anlage 3.4 entnommen werden. Der Wasserrechtsantrag trägt der Tatsache Rechnung, dass die Analyse des Grundwassers deutliche Überschreitungen der Grenzwerte des Parameters Eisen (FE) aufweist und sieht vor Einleitung des Wassers eine Enteisierung vor. Mit Blick auf die einzuhaltenden Qualitätsparameter des einzuleitenden Wassers wird darüber hinaus auf die Vermeidungsmaßnahmen 1.5 V<sub>(FFH)</sub>, 1.6 V<sub>(FFH)</sub> und 1.7 V<sub>(FFH)</sub> (Anlage 11.02) sowie die Nebenbestimmungen nach Ziff. 1.1.3.2.7.1 ff des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024 und Ziff. 1.5 des vorliegenden Planänderungsbeschlusses wird verwiesen.

Die KÜS liegt in einer Entfernung von ca. 85 m zum FFH-Gebiet „Bäche im Artland“. Es ergeben sich infolge der 5. Planänderung keine Veränderungen im Verhältnis zu den bereits im Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 unter Ziff. 2.2.3.16.2.2.2.7.8 angestellten Bewertungen, auf diese wird insoweit verwiesen.

### Bewertung der Auswirkungen

Die Errichtung und der Betrieb der KÜS Bohlenbach sind mit den Vorgaben des WHG, insbes. der §§ 27, 47 WHG vereinbar. Es wird sowohl dem wasserrechtlichen Verschlechterungsverbot als auch dem wasserrechtlichen Verbesserungsgebot sowie den Trendumkehrgebot Rechnung getragen. Auch den übrigen Vorgaben des WHG wird entsprochen.

Das Einvernehmen der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Osnabrück zum im Rahmen der 5. Planänderung vorgelegten Wasserrechtsantrag der Vorhabenträgerin für die KÜS Bohlenbach wurde mit Schreiben vom 31.07.2025 erteilt.

### *Verschlechterungsverbot*

Der Vorhaben widerspricht nicht dem Verschlechterungsverbot, §§ 27 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 Nr. 1 WHG, § 47 Abs. 1 Nr. 1 WHG.

Unter Zugrundelegung des im Antrag in Anlage 9.11 geschilderten Konzepts, der Vermeidungsmaßnahmen in Anlage 11.2 und der Nebenbestimmungen (Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024, Ziff. 1.1.3.2.7.1 ff. sowie Ziff. 1.5 des vorliegenden Planänderungsbeschlusses) ist weder durch Absenkung des Wasserstandes in den Oberflächenwasserkörpern infolge der Wasserhaltung noch durch die Einleitung in den Bohlenbach mit einer *Verschlechterung der Oberflächengewässerkörper* zu rechnen. Zudem kommt es weder durch die Baustellenflächen noch durch den Einsatz der dort verwendeten bauspezifischen Stoffe und Betriebsmitteln zu Verschlechterungen, da hier dieselben Vermeidungsmaßnahmen gelten wie für den ursprünglichen Planfeststellungsbeschluss.

Zudem kommt es weder durch Absenkung des Wasserstandes infolge der Wasserhaltung noch durch die Gründungsmaßnahmen der KÜS zu einer *Verschlechterung des Grundwasserkörpers* „Hase links Lockergestein“. Die Wasserhaltungsmaßnahmen sind im Vergleich zur nutzbaren



Dargebotsreserve des GWK von 19,04 Mio. m<sup>3</sup>/a gering. Auch sind die direkten Auswirkungen räumlich auf den Bereich um die KÜS begrenzt und nur von relativ kurzer Dauer. Dies gilt auch angesichts der im Vergleich zu den ursprünglichen Annahmen der Bauzeit/ Dauer der Wasserhaltung in Anlage 9.7 verlängerten Zeiträumen. Zudem entsprachen die ursprünglich vorgesehenen Wasserhaltungsmaßnahmen (einschl. KÜS) 1,3 % der jährlichen Grundwasserneubildungsrate, durch die 5. Planänderung erhöht sich dieser Wert auf (nur) 1,5 %. Auswirkungen auf den mengenmäßigen Zustand der betroffenen GWK können daher ausgeschlossen werden. Diese kurzzeitigen, lokal begrenzten Änderungen des Grundwasserstandes sind nicht geeignet, um nach § 4 Abs. 2 Nr. 2 lit. a) und lit. b) GrwV die Bewirtschaftungsziele nach § 27 und § 44 WHG für die Oberflächengewässer, die mit dem Grundwasserkörper in hydraulischer Verbindung stehen, zu verfehlen oder zu bewirken, dass sich der Zustand dieser Gewässer im Sinne von § 3 Nr. 8 WHG verschlechtert. Daher kann eine Verschlechterung des mengenmäßigen Zustands der betroffenen GWK ausgeschlossen werden, da das natürliche Grundwasserdargebot durch die Wasserhaltungsmaßnahmen auch unter Berücksichtigung der schon genehmigten Entnahmen nicht vollständig ausgeschöpft wird. Auf den Chemismus des Grundwassers wirkt sich die Absenkung ebenfalls nicht aus.

Auch durch die temporären Baustelleneinrichtungsflächen ist nicht mit relevanten Auswirkungen verbunden, insoweit wird auf die o.g. Vermeidungsmaßnahmen zum Gewässerschutz 1.5 V<sub>(FFH)</sub>, 1.6 V<sub>(FFH)</sub> und 1.7 V<sub>(FFH)</sub> und die Vermeidungsmaßnahmen zum Bodenschutz 1.1 V, 1.2 V und 1.3 V sowie ergänzend 1.10 V (Anlage 11.2) verwiesen.

Als anlagebedingte Auswirkung sind ferner der Verlust von Versickerungsfläche und die Bodenversiegelung anzusehen, die mit Blick auf die KÜS bereits im ursprünglichen Planfeststellungsbeschluss unter Ziff. 2.2.3.7.6.2.1 beschrieben und bewertet worden sind. Auch Auswirkungen auf die Grundwasserbeschaffenheit, -haltefähigkeit und -neubildung infolge erforderlicher Eingriffe in Gehölze können ausgeschlossen werden, da die KÜS vornehmlich auf landwirtschaftlichen Flächen realisiert wird.

Durch die Einbringung der Fundamente und Baukörper entsteht unter Zugrundelegung der Abmessungen und Gründungstiefen ferner keine Barriere für den Grundwasserstrom, die verbleibende freie Höhe des Grundwasserleiters wird durch die Fundamente nicht ungünstig beeinflusst (Anlage 9.11, Kap. 4).

### *Verbesserungsgebot*

Das Vorhaben steht auch nicht im Widerspruch zu dem Verbesserungsgebot des § 27 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Nr. 2 WHG, § 47 Abs. 1 Nr. 3 WHG. Die zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele vorgesehenen Maßnahmen werden nicht behindert werden. Die zeitlich stark begrenzten Wirkungen während der Bauphase sind nicht geeignet, die Erreichung dieser Ziele zu be- oder verhindern. Auch geht von der KÜS eine Auswirkung auf den chemischen Zustand der Gewässer aus. Es handelt sich hierbei lediglich um punktuelle Versiegelungen. Der gute mengenmäßige Zustand des Grundwassers verändert sich durch die geplante Maßnahme nicht. Die zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele bezüglich des chemischen Zustands vorgesehenen Maßnahmen werden ebenfalls nicht beeinträchtigt (vgl. Maßnahmenprogramm auf Grundlage der Bewirtschaftungspläne für den Zeitraum 2021 bis 2027 für das Hase links Lockergestein<sup>9</sup>).

<sup>9</sup>

[https://www.nlwkn.niedersachsen.de/Bewirtschaftungsplan\\_Massnahmenprogramm2021\\_2027/aktualisiert\\_e-wrri-bewirtschaftungsplane-und-massnahmenprogramme-fur-den-zeitraum-2021-bis-2027-128758.html](https://www.nlwkn.niedersachsen.de/Bewirtschaftungsplan_Massnahmenprogramm2021_2027/aktualisiert_e-wrri-bewirtschaftungsplane-und-massnahmenprogramme-fur-den-zeitraum-2021-bis-2027-128758.html)  
(Abruf 25.08.2025).





### *Trendumkehrgebot*

Dem Trendumkehrgebot nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 WHG wird entsprochen. Die bau- und anlagebedingten Auswirkungen sind – wie dargestellt – gering. Insoweit wird auf die Ausführungen im Planfeststellungsbeschluss unter Ziff. 2.2.3.7.6.1.2.4 verwiesen.

### *Gewässerrandstreifen*

Um die Bewirtschaftungsziele der §§ 27, 47 WHG zu erreichen und die ökologische Funktion von Gewässern zu schützen, sind das Ufer und der Bereich, der an das Gewässer landseits der Linie des Mittelwasserstandes angrenzt, durch Gewässerrandstreifen geschützt.<sup>10</sup> Diese Gewässerrandstreifen müssen im Außenbereich bei Gewässern II. Ordnung 5 m breit sein (§ 38 Abs. 3 WHG i. V. m. § 58 Abs. 1 NWG). Dieser Abstand wird eingehalten.

Bei Gewässern III. Ordnung ist ausweislich § 38 Abs. 3 WHG i. V. m. § 58 Abs. 2 NWG ein Abstand von 3 m einzuhalten. Da unter Betrachtung der vorgelegten Pläne eine gewisse Restunsicherheit besteht, ob der Abstand zwischen KÜS und ihren Anlagen und dem Bohlenbach eingehalten werden kann, wird rein vorsorglich unter Ziff. 4 dieses Beschlusses eine Ausnahme nach § 38 Abs. 5 WHG i. V. m. § 58 Abs. 1 NWG erteilt. Die Einhaltung der Anforderungen zum Schutz der Gewässerrandstreifen wird sichergestellt.

Für die Einleitung von Wasser aus bauzeitlicher Wasserhaltung erfolgt eine temporäre Verlegung von Schlauchleitungen oder ähnlichen Mechanismen innerhalb des Gewässerrandstreifens. Die Ein- bzw. Zuleitung wird so angelegt, dass Arbeiten zur Gewässerunterhaltung weiterhin möglich sind. Die Uferbereiche bleiben frei von Baustelleneinrichtungsflächen, soweit dies nicht in Ausnahmefällen technisch notwendig ist. Auf die Vermeidungsmaßnahmen, insbes. 1.7 V<sub>(FFH)</sub> und 1.10 V (Anlage 11.2), zum Schutz und zur Wiederherstellung der Uferböschung und die Nebenbestimmungen unter Ziff. 1.1.3.2.7 des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024 wird verwiesen.

### *Anlagen an oberirdischen Gewässern*

Bei der KÜS handelt es sich überdies um eine Anlage an oberirdischen Gewässern nach § 36 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 WHG. Nach § 36 Abs. 1 Satz 1 WHG sind Anlagen an oberirdischen Gewässern so zu errichten, zu betreiben, zu unterhalten und stillzulegen, dass keine schädlichen Gewässerveränderungen zu erwarten sind und die Gewässerunterhaltung nicht mehr erschwert wird, als es nach den Umständen unvermeidbar ist. § 57 Abs. 1 Satz 1 NWG erweitert diesen Tatbestand um die Genehmigungspflichtigkeit der Herstellung solcher Anlagen.

Die materiellen Voraussetzungen des § 36 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 WHG i. V. m. § 57 Abs. 2 NWG wird entsprochen. Der Bohlenbach wird durch die Errichtung und den Bestand der KÜS nicht beeinträchtigt, auch nicht durch Arbeitsflächen oder Zuwegungen. Die Einleitung in den Bohlenbach erfolgt nur während der Bauzeit, nach Abschluss der Bauzeit/ Wasserhaltung werden sämtliche Einrichtungen zurückgebaut und der ursprüngliche Zustand in Abstimmung mit den zuständigen Behörden, insbes. der UNB, wiederhergestellt, vgl. Maßnahme 1.10 V, Anlage 11.2. Eine Beeinträchtigung des Gewässers ist nach Überzeugung der Planfeststellungsbehörde

---

<sup>10</sup> Faßbender, in: Landmann/Rohmer (Hrsg.), UmweltR, 98. EL April 2022, § 38 WHG Rn. 5.



ausgeschlossen. Die wasserrechtliche Genehmigung nach § 57 Abs. 1 Satz 1 NWG wird erteilt, vgl. Ziff. 1.4 dieses Planänderungsbeschlusses.

#### *Keine Beeinträchtigung von Trinkwasserschutzgebieten*

Die KÜS Bohlenbach befindet sich ca. 14,7 km nordwestlich der Schutzzone III und ca. 15,2 km nordwestlich der Schutzzone II des Trinkwasserschutzgebiets „Holdorf“. Schon aufgrund dieser Entfernung ist eine Beeinflussung des Gebiets ausgeschlossen.

#### *Keine Beeinträchtigung von grundwasserabhängigen Biotoptypen*

Nordöstlich der Baufläche der KÜS befindet sich ein als FFH-LRT 9190 eingestuftter alter bodensaurer Eichenwald auf Sandebenen mit *Quercus robur*. Dieser LRT ist sensibel bzgl. Grundwasserabsenkungen und kann durch den Absenkrichter erreicht werden, allerdings jenseits von ca. 70 m. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Absenkrichter asymptotisch verläuft. Damit erreicht der Absenkrichter in einem Abstand von 1/3 auch nur noch 1/3 der maximalen Absenkung. In der umweltfachlichen Beurteilung Anlage 11.1 geht die Vorhabenträgerin nachvollziehbar davon aus, dass die Effekte der Absenkung im Bereich der jahreszeitlichen Schwankungen bleiben werden.

Die – schon im Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 – vorgesehene Einrichtung von GW-Messstellen im Bereich des FFH-LRT 9190 ermöglicht eine hinreichende Überwachung und somit auch Bewertung der Situation und ggf. eine Durchführung von Abhilfemaßnahmen, die im Bedarfsfall durch die Umweltbaubegleitung zu veranlassen sind. Aus fachlicher Sicht besteht daher kein Erfordernis weitergehender Festlegungen im Rahmen der Planfeststellung. Um negativen Auswirkungen auf den FFH-LRT 9190 entgegenzuwirken, werden im betroffenen Bereich zwei Grundwassermessstellen sowie eine Referenzmessstelle außerhalb des Bereichs eingerichtet (Vermeidungsmaßnahme 1.7 V<sub>(FFH)</sub>, Anlage 11.2). Damit kann eine Überwachung durch die ökologische Baubegleitung erfolgen. Die Planfeststellungsbehörde geht davon aus, dass die vorgesehene Einrichtung von Grundwassermessstellen im Bereich des FFH-LRT 9190 eine hinreichende Überwachung und somit auch Bewertung der Situation und ggf. eine Durchführung von geeigneten Abhilfemaßnahmen, die im Bedarfsfall durch die Umweltbaubegleitung zu veranlassen sind, ermöglicht (Vermeidungsmaßnahme 1.7 V<sub>(FFH)</sub>, Anlage 11.2). Die mit der 5. Planänderung verbundene Vergrößerung der Absenkrichter führt im Ergebnis nicht zu Beeinflussung von grundwasserabhängigen Biotoptypen, die nicht schon in der Umweltstudie berücksichtigt wurden. Aus umweltfachlicher Sicht besteht daher kein Erfordernis weitergehender Festlegungen im Rahmen der Planfeststellung.

### **2.2.3.3.3 Immissionsschutz**

Die Vorgaben des Immissionsschutzrechts werden eingehalten.

Durch die Änderung ergeben im Ergebnis sich keine Änderungen der Immissionsschutzbewertung des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024, Ziff. 2.2.3.4.3.1.1 ff., auf die insoweit verwiesen wird.

Als Folge der Anpassung der Mastgeometrien im Bereich der 110-kV-Mitnahme entstehen geringfügige *Änderungen der zu erwartenden elektrischen und magnetischen Felder* in den Spannungsfelder zwischen den Masten Nr. 39 bis Nr. 40 der Bl. 4377 und den Masten Nr. 1046 bis Nr. 46 der Bl. 0751. Die Antragsunterlagen enthalten in Anlagen 8.2.2 und 8.2.5 angepasste Darstellungen/ Berechnungen.



Dies betrifft die Wohn- bzw. Wohnwirtschaftsgebäude an der Fangstraße 1, Gemarkung Vehs (Badbergen) (Masten Nr. 1046 – Nr. 46, Bl. 0751) und an der K 133/ Suttruper Straße 15-18, Gemarkung Talge (Bersenbrück) (Masten Nr. 39 – Nr. 40, Bl. 4377), vgl. jeweils auch die Karten in Anlagen 8.2.2 und 8.2.5. Im Bereich zwischen Masten Nr. 39 bis Nr. 40 erhöht sich die *magnetische Flussdichte* um  $0,1 \mu\text{T}$ , im Bereich von Mast Nr. 1046 bis Nr. 46 um  $3,9 \mu\text{T}$ . Die *elektrische Feldstärke* verändert sich zwischen Mast Nr. 1046 bis Nr. 46 um  $0,1 \text{ kV/m}$ . Damit betragen die Maximalwerte für 50-Hz-Feldimmission am Ort der Betrachtung bei Mast Nr. 1046 bis Nr. 46 der Bl. 0751  $0,5 \text{ kV/m}$  (elektrische Feldstärke) und  $7,1 \mu\text{T}$  (magnetische Flussdichte). Die Maximalwerte für 50-Hz-Feldimmission am Ort der Betrachtung betragen bei Mast Nr. 39 bis Nr. 40 der Bl. 4377  $0,2 \text{ kV/m}$  (elektrische Feldstärke) und  $2,3 \mu\text{T}$  (magnetische Flussdichte).

Die Werte liegen damit – trotz der geringfügigen Erhöhung – weiterhin weit unterhalb der Grenzwerte aus Anhang 1a der 26. BImSchV (Grenzwerte für 50-Hz-Anlagen:  $5 \text{ kV/m}$  und  $100 \mu\text{T}$ ). Für die Umsetzung des Minimierungsgebots wird auf die Ausführungen in Anlage 8.1 der ursprünglichen Antragsunterlagen verwiesen. Die Planfeststellungsbehörde erachtet den Nachweis der Einhaltung der Grenzwerte sowie des Minimierungsgebots auch mit Blick auf die Modifizierungen durch die 5. Planänderung weiterhin für nachvollziehbar und plausibel. Aus dem Umstand, dass die elektrische Feldstärke ebenso wie die magnetische Flussdichte mit zunehmendem Abstand abnehmen, ergibt sich, dass bei den Orten, die eine größere Entfernung zum ruhenden Leiterseil bzw. den Erdkabeln aufweisen als die untersuchten Immissionsorte, die Grenzwerte erst recht eingehalten sind.

Sofern die in der 26. BImSchV festgesetzten Grenzwerte nicht überschritten werden, besteht in der Regel keine Gefahr für die Gesundheit der sich an den Immissionsorten befindlichen Menschen.<sup>11</sup> Gesundheitliche Beeinträchtigungen sind auch bei kurzfristigem Aufenthalt im Nahbereich der Leitungen nicht zu befürchten. Insoweit – und auch mit Blick auf etwaige von der Leitung ausgehende, sich aber im Zuge der 5. Planänderung nicht ändernde Schallimmissionen (sog. Corona-Geräusche) – wird auf die auch im Rahmen der 5. Planänderung geltenden Darstellungen aus Ziff. 2.2.3.4.3.1 bis Ziff. 2.2.3.4.3.2 des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024 verwiesen.

#### **2.2.3.3.4 Naturschutz und Landschaftspflege**

Das Vorhaben in Gestalt der 5. Planänderung steht mit den zwingenden Vorgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Einklang. Weder durch die Anpassung der Mastgeometrien und -fundamente und die daraus folgende Änderung des wasserrechtlichen Antrags für die Freileitung noch durch die Beantragung der wasserrechtlichen Erlaubnisse für die KÜS Bohlenbach ergeben sich im Verhältnis zum Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 relevante Anpassungen der naturschutzfachlichen Bewertung.

Die *Anpassung der Fundamente* an insgesamt 32 Masten (29 der Bl. 4377 und drei der Bl. 0751). An der Bl. 4377 werden 11 Fundamente geändert, an 18 Masten ändern sich die Maße der Fundamente bei Beibehaltung des Fundamenttyps (Anlage 3.4.1). An der Bl. 0751 werden alle drei Fundamente geändert (Anlage 3.4.1). Die Boden- bzw. Vollversiegelung durch die sichtbaren Fundamentköpfe hat sich auf Grundlage der 5. Planänderung bis auf eine Ausnahme nicht geändert. Nur bei Mast Nr. 3 vergrößert sich der Durchmesser der sichtbaren Fundamentköpfe um  $0,2 \text{ m}$ . Durch die Änderung der Fundamente ergeben sich Änderungen hinsichtlich der unter Flur liegenden Fundamentplatten, welche zu einer Teilversiegelung führen. Die Teilversiegelungsfläche sinkt insgesamt um ca.  $24,8 \text{ m}^2$ . Der insgesamt Kompensationsbedarf hinsichtlich des Naturguts

---

<sup>11</sup> BVerwG, Beschl. v. 22.07.2010 – 7 VR 4.10 (7 A 7.10), juris Rn. 24.



Boden reduziert sich aufgrund der 5. Planänderung geringfügig, die Vorhabenträgerin hat auf eine Anpassung des Kompensationsumfangs verzichtet.

Mit Blick auf das Wasserrecht wird auf die obigen Ausführungen unter Ziff. 2.2.2 verwiesen. Durch die Anpassungen der Fundamente und die damit einhergehenden Anpassungen im Wasserrechtlichen Antrag sowie den Wasserrechtlichen Antrag für die Errichtung der KÜS Bohlenbach entstehen keine erheblichen zusätzlichen Auswirkungen auf den Naturhaushalt bzw. die Schutzgüter gemäß UVPG, die nicht bereits im ursprünglichen Planfeststellungsbeschluss betrachtet und bewertet worden sind.

Infolge der Änderung der *Mastgeometrien* ändert sich die Höhe der Masten der Bl. 0751. Mast Nr. 1034 weist nun eine Höhe von 32,5 m (zuvor 30,2 m), Mast Nr. 1045 eine Höhe von 37,3 m (zuvor 35,4 m) und Mast Nr. 1046 eine Höhe von 42,5 m (zuvor 40,2 m) auf. Diese Erhöhungen sind gering, hierdurch entstehen keine relevanten, im Vergleich zu dem bereits planfestgestellten Vorhaben anderweitigen Auswirkungen auf den Naturhaushalt bzw. die Schutzgüter des UVPG.

Mit Blick auf die möglichen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch aufgrund der Anpassung der Immissionsberechnungen wird auf die Darstellungen zum Immissionsschutz unter Ziff. 2.2.3.3.3 dieses Planänderungsbeschlusses verwiesen.

#### **2.2.3.3.5 Straßen und Wege**

Die Planänderung ist auch mit den zwingenden Vorgaben des Straßenrechts vereinbar.

Die infolge der mit der 5. Planänderung modifizierten Wasserhaltungen entstehen veränderte Grundwasserabsenkungen mit Absenktrichtern. Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Osnabrück, hat darauf hingewiesen, dass zwei der Absenktrichter öffentliche Straßen schneiden. Dabei handelt es sich um den Absenktrichter der Wasserhaltung bei Mast Nr. 2, der die Bundesstraße B218 in Abschnitt 40, ~ Stat. 1370 schneidet und den Absenktrichter um Mast Nr. 11, der die Landesstraße 70 im Abschnitt 80, ~ Stat. 3220 schneidet. In Übereinstimmung mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Osnabrück, geht die Planfeststellungsbehörde davon aus, dass es nicht zu nachteiligen Auswirkungen auf die Straßenkörper kommt.

Im Übrigen ergeben sich aus Sicht der Planfeststellungsbehörde keine Konflikte. Der Schutz von Straßen und Wegen ist überdies durch entsprechende Nebenbestimmungen des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024, welche auch weiterhin gelten, sichergestellt. Sofern aufgrund des Vorhabens in Gestalt der 5. Planänderung gleichwohl Konflikte mit dem Straßenrecht auslöst werden, besteht die Möglichkeit, diese auf der Ausführungsebene zu lösen. Weitere verkehrsrechtliche Maßnahmen werden daher nicht im Rahmen dieses Planfeststellungsbeschlusses geregelt.

#### **2.2.1.4 Abwägung**

Angesichts der durch die Planänderung eingehaltenen zwingenden rechtlichen Vorgaben konnte die Planfeststellungsbehörde in die Abwägung der übrigen Belange eintreten. Eine auf den Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 in der durch den Bescheid zur 2. Planänderung vom 05.02.2025, den Bescheid zur 3. Planänderung vom 26.02.2025, den Änderungsplanfeststellungsbeschluss zur 1. Planänderung vom 26.05.2025 sowie den Bescheid zur 4. Planänderung vom 26.09.2025 geänderten Fassung aufgesetzte Abwägung war jedoch nur insoweit geboten, wie die hiesige Planänderung ihrerseits private und öffentlichen Belange berührt.



#### **2.2.3.4.1 Bodenschutz**

Abwägungserhebliche relevant nachteilige Auswirkungen auf das Naturgut Boden sind infolge der 5. Planänderung nicht zu erwarten. Die vorliegende 5. Planänderung geht insgesamt mit einer geringfügigen Reduzierung der Bodenversiegelung (Teilversiegelungsfläche) einher. Die Beeinträchtigungen des Bodens werden bereits durch den Status Quo der Planfeststellung vollumfänglich kompensiert (vgl. Maßnahme 5.3 E, Anlage 10.2). Eine Anpassung des Kompensationsbedarfes ist nicht notwendig.

Unter Berücksichtigung der bereits im Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 unter Ziff. 1.1.3.2.3 angeordneten Nebenbestimmungen und den Vermeidungsmaßnahmen 1.2 V (Vermeidung und Minimierung der Beeinträchtigung von Böden vor Auswirkungen durch den Baubetrieb), 1.3 V (Bodenschutzkonzepte/ Bodenkundliche Baubegleitung), 1.10 V (Rekultivierung von bauzeitlich in Anspruch genommenen Flächen) wird Bodenbeeinträchtigungen während der Bauphase entgegengewirkt. Etwaige anlagebedingt verbleibende Eingriffe in den Boden infolge von Versiegelungen werden durch (Förderung naturnaher Bodenentwicklung) kompensiert. § 1 Satz 3 BBodSchG wird durch diese die Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen ausreichend Rechnung getragen.

#### **2.2.3.4.2 Gewässer und Wasserwirtschaft**

Abwägungserhebliche relevant nachteilige Auswirkungen auf Gewässer und Grundwasser sind infolge der 5. Planänderung nicht zu erwarten. Zwar geht die 5. Planänderung mit einer Änderung der wasserrechtlichen Erlaubnisse für die Wasserbenutzungen i. R. d. Errichtung der Freileitungsmasten nach § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 4, Nr. 5, §§ 12, 13 WHG (Anlage 9.8.3) einher. Auch wird mit der 5. Planänderung die Errichtung der KÜS Bohlenbach planfestgestellt, mit der ebenfalls Wasserhaltungsmaßnahmen und Einleitungen nach § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 4, Nr. 5, §§ 12, 13 WHG und eine wasserrechtliche Bewertung verbunden sind.

Wie unter Ziff. 2.2.3.3.2 gezeigt, sind mit den beantragten und/ oder ergänzten Maßnahmen jedoch keine dauerhaften abwägungserheblichen Auswirkungen auf Oberflächen- und Grundwasserkörper verbunden. Unter Berücksichtigung der im Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 vorgesehenen Nebenbestimmungen und den allgemeinen Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen während der Bauphase (Anlage 11.2) kann eine Beeinträchtigung von Oberflächen- und Grundwasserkörpern sowie des Schutzgutes Wasser im Allgemeinen vermieden werden. Selbst wenn hinsichtlich des Gewässer- und Grundwasserschutzes geringfügige Beeinträchtigungen verbleiben sollten, wären jene im Vergleich zu den mit dem Vorhaben verfolgten Zielen am Ausbau des Stromübertragungsnetzes gering, sodass dem Planvorhaben in Gestalt seiner 5. Änderung der Vorzug zu geben wäre.

#### **2.2.3.4.3 Immissionsschutz**

Da durch die Planänderung an maßgeblichen Immissionsorten nur geringfügige Veränderung der Belastungssituation mit vorhabenbedingten Immissionen eintritt und die durch das Vorhaben ausgelösten Immissionen deutlich unter den gesetzlichen Immissionsgrenzwerten (26. BImSchV) bzw. Immissionsrichtwerten (TA Lärm) bleiben, sind insoweit keine schädlichen Umwelteinflüsse zu befürchten, vgl. Ziff. 2.2.3.3.3. Hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes im Vergleich





zum ursprünglichen Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 keine weiteren oder anderen Ausführungen erforderlich.

#### **2.2.3.4.4 Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege**

Das Vorhaben entspricht auch in der geänderten Gestalt den Vorgaben der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung, welche als additives Zulassungsverfahren im Sinne eines gesetzlichen Folgenbewältigungsprogramms auf die Frage nach der Zulässigkeit des Änderungsvorhabens aufsetzt. Danach sind erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft vom Verursacher vorrangig zu vermeiden; nicht vermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen durch Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen oder, soweit dies nicht möglich ist, durch einen Ersatz in Geld zu kompensieren (§ 13 BNatSchG). Näheres dazu regeln die §§ 14 bis 17 BNatSchG. Handelt es sich – wie hier – um ein Vorhaben im Außenbereich, ist der Anwendungsbereich der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gemäß § 18 Abs. 1 und 2 BNatSchG eröffnet. Das in § 17 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 32 Abs. 1 Satz 1 NAGBNatSchG normierte Benehmen mit der unteren Naturschutzbehörde wurde durch Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde hergestellt.

Ausweislich der Darstellungen unter Ziff. 2.2.2 kommt es durch die vorliegende 5. Planänderung zu keiner zusätzlichen, im Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 noch nicht ausreichend abgewogenen oder nicht kompensierbaren Beeinträchtigung von Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Das Vorhaben wird infolge der 5. Planänderung nur geringfügig modifiziert. Im Verhältnis zum planfestgestellten Vorhaben neue Auswirkungen auf die UVPG-Schutzgüter Mensch, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Fläche, Luft, Klima, Landschaft, kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter (einschl. jeweiliger Wechselwirkungen) werden nicht ausgelöst. Neue artenschutzrechtliche Verbotstatbestände werden infolge der 5. Planänderung ebenso wenig ausgelöst wie Eingriffe in geschützte Biotope.

Die Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser sind ausweislich der Darstellungen unter Ziff. 2.2.3.3.2 nicht erheblich, da die 5. Planänderung hinsichtlich der neuen Wasserhaltungen für die Errichtung der Freileitung sowie der Gewässerkreuzungen ebenso wie die Wasserhaltungen im Rahmen der Errichtung der KÜS Bohlenbach keine neuen erheblich nachteiligen Beeinträchtigungen mit sich bringt. Zwar erhöhen sich die Ausmaße der Wasserhaltungen (und damit der Einleitungen), gleichwohl entspricht das Vorhaben in Gestalt der 5. Planänderung unter Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen in Anlage 11.2 und der Nebenbestimmungen des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2025 sowie unter Ziff. 1.5 des vorliegenden Änderungsbeschlusses weiterhin den rechtlichen Anforderungen des WHG. Sollten die zusätzlichen Beeinträchtigungen gleichwohl als relevant angesehen werden, sind diese im Lichte der für das Vorhaben sprechenden und durch die Planrechtfertigung begründeten Belange, vgl. Ziff. 2.2.1.1 hinnehmbar.

In umweltfachlicher Hinsicht wird infolge der 5. Planänderung durch die Änderung der Mastfundamente zudem eine geringfügig niedrigere Bodenversiegelung ausgelöst: Es ergeben sich daher keine zusätzlichen erheblichen Beeinträchtigungen.

#### **2.2.3.4.5 Landwirtschaft**

Durch die 5. Planänderung ergeben sich keine weiteren ergebnisrelevanten Nachteile für die Landwirtschaft. Durch die Änderung werden zwar Ackerflächen in Anspruch genommen, allerdings



bewegt sich die Inanspruchnahme in einem Umfang, der bereits im Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 zugrunde lag.

Neue Betroffenheiten könnten allenfalls durch die Anpassungen bzw. im Falle der KÜS Bohlenbach durch die erstmalige Beantragung wasserrechtlicher Erlaubnisse entstehen. Die Wasserhaltungsmaßnahmen für die Freileitung werden insbes. hinsichtlich der Dimensionierung erhöht, auch die Absenktrichter vergrößern sich. Auch bei der Errichtung der KÜS Bohlenbach sind geschlossene Wasserhaltungen mit Absenktrichtern vorgesehen. Insoweit wird auf die Ausführungen unter Ziff. 2.2.3.3.2 verwiesen. Die Auswirkungen der Absenktrichters sind im Wesentlichen auf den privatrechtlich bereits gesicherten, vorhandenen Schutzstreifen begrenzt. Da die Absenkungsreichweite den Bereich der Baustellenfläche kaum überragt und die Wasserhaltung nur für einen kurzen Zeitraum betrieben wird, ist für Wald- und Ackerflächen nicht mit (neuen) Beeinträchtigungen zu rechnen.

Im Anhörungsverfahren wurde durch Eigentumsbetroffenen oder Träger öffentlicher Belange insoweit keine mögliche Beeinträchtigung landwirtschaftlicher Flächen geltend gemacht. Auch ist für die Planfeststellungsbehörde nicht erkennbar, dass durch die temporären Auswirkungen der Wasserhaltungen neuartige, im Ausgangsplanfeststellungsbeschluss dem Grunde nach noch nicht betrachtete Bewirtschaftungsschwernisse entstehen. Diese wären voraussichtlich im Vergleich zu den ohnehin vorkommenden natürlichen Schwankungen des (Grund-)Wasserstandes nur von geringerem Umfang, sodass die Inanspruchnahme nicht spürbar ins Gewicht fällt und gegenüber dem öffentlichen Interesse an einer sicheren Energieversorgung zurücksteht. Der Schutz landwirtschaftlicher Flächen und deren Nutzung ist überdies durch entsprechende Nebenbestimmungen des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024, welche auch weiterhin gelten, sichergestellt.

#### **2.2.3.4.6 Eigentumsbelange**

Durch die 5. Planänderung werden im Verhältnis zum Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 keine neuen Flächen in Anspruch genommen werden, dementsprechend entstehen auch keine neuen Grundstücksbetroffenheiten. Allgemein ist darauf hinzuweisen, dass für durch das Vorhaben entstehende wirtschaftliche Nachteile, eine Entschädigung für die Dauer der Inanspruchnahme in Geld erfolgt. Die Höhe der Entschädigung wird in einem gesonderten Verfahren festgesetzt.

#### **2.2.3.4.7 Straßen und Wege**

Das planfestgestellte Vorhaben in der Gestalt der 5. Planänderung ist mit den zwingenden rechtlichen Vorgaben des Straßen- und Wegerechts vereinbar. Die von der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Osnabrück mit Blick auf die in die B218 und die L70 schneidenden Absenktrichter führen zu keiner anderen Bewertung, da hiervon keine nachteiligen Auswirkungen auf die betroffenen Straßenkörper zu erwarten sind.

Sofern gleichwohl Beeinträchtigungen auftreten sollten, sind diese als gering einzustufen und treten hinter den Gemeinwohlbelangen, die mit dem planfestgestellten Vorhaben und seiner 5. Planänderung verbunden sind, zurück. Auf die Nebenbestimmungen zur Wiederherstellung etwaige Schäden an öffentlichen Straßen und Wegen aus Ziff. 1.1.3.2.8 ff. des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024 wird insoweit ergänzend verwiesen.

#### **2.2.1.5 Gesamtabwägung**

Die Planfeststellungsbehörde kommt auch in Ansehung der 5. Planänderung nach sorgfältiger Abwägung der vorgenannten Belange mit dem öffentlichen Interesse an der festgestellten





Maßnahme zu dem Ergebnis, dass nach Verwirklichung des Planvorhabens in Gestalt der 5. Planänderung keine wesentlichen Beeinträchtigungen schutzwürdiger Interessen zurückbleiben werden. Alle nach Lage der Dinge in die Abwägung einzubeziehenden Gesichtspunkte wurden berücksichtigt und mit ihrem jeweiligen Gewicht gewürdigt, sodass eine entsprechende Ausgewogenheit der Planung sichergestellt ist. Keiner der der Planänderung entgegenstehenden Interessen hat ein solches Gewicht und ist von derartiger Intensität, um den im Gemeinwohlinteresse liegenden Ausbau der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung zur Verbesserung des Stromübertragungsnetzes überwinden zu können.

## 2.3 Wasserrechtliche Erlaubnisse

Die Vorhabenträgerin hat eine wasserrechtliche Erlaubnis nach §§ 8, 9 und 10 WHG für die temporäre Grundwasserentnahme, die Einleitung des geförderten Grundwassers in oberirdische Gewässer beantragt. Zur Erlaubnispflichtigkeit der beantragten Maßnahmen ist folgendes festzuhalten:

- Das Zutagefördern des Grundwassers im Rahmen der Wasserhaltung an den in Anlage 9.8.3 vorgesehenen Neubaumasten und der Kabelübergangsanlage Bohlenbach gemäß Anlage 9.11 ist eine erlaubnispflichtige Gewässerbenutzung nach § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 5, §§ 12, 13, WHG.
- Auch die Einleitung des zutage geförderten Grundwassers in Oberflächengewässer an den im Wasserrechtsanträgen (Anlagen 9.8.3 und 9.11) definierten Einleitstellen bedarf einer Erlaubnis nach § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 4, §§ 12, 13 WHG.

Der verfügende Teil dieses Planänderungsbeschlusses enthält unter Ziff. 1.4 die wasserrechtliche Erlaubnis für das in den Anlagen 9.8.3 und 09.11 (Wasserrechtsanträge) aufgeführte Zutagefördern des Grundwassers sowie die Einleitungen in die Gewässer bzw. modifiziert die ursprünglich mit Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 und Änderungsplanfeststellungsbeschluss zur 1. Planänderung von 26.05.2025 erteilten wasserrechtlichen Erlaubnisse entsprechend der Anträge aus der 5. Planänderung. Über die Erlaubnis wird nach § 19 WHG im Rahmen der Planfeststellung als rechtlich selbständige Entscheidung in der Zuständigkeit der Planfeststellungsbehörde im Einvernehmen mit der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Osnabrück entschieden.<sup>12</sup>

Für das vorgesehene Zutagefördern des Grundwassers im Rahmen der Wasserhaltung wird die Erlaubnis erteilt. Eine Bewilligung ist weder beantragt noch für die lediglich temporäre Maßnahme erforderlich. Ein Versagungsgrund nach § 12 Abs. 1 WHG ist nicht gegeben. Wie oben (Ziff. 2.2.3.3.2) im Einzelnen dargelegt, sind keine unvermeidbaren oder nicht ausgleichbaren Gewässerveränderungen zu erwarten; insbesondere sind die Anforderungen an die wasserrechtlichen Bewirtschaftungsziele (Verschlechterungsverbot, Verbesserungsgebot, Trendumkehr) eingehalten. Anforderungen anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften oder nachteilige Einwirkungen auf die Rechte Dritter im Sinne von § 15 Abs. 2, § 14 Abs. 3 WHG stehen dem Zutagefördern ebenfalls nicht entgegen. Bei Beachtung der unter im Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 unter Ziff. 1.2.2 und im Änderungsplanfeststellungsbeschluss zur 1. Planänderung von 26.05.2025 unter Ziff. 1.5 angeordneten Nebenbestimmungen und der Vermeidungsmaßnahmen aus Anlage 11.2 sind Verstöße gegen öffentlich-rechtliche Vorschriften sowie Rechtsbeeinträchtigungen und Nachteile für Dritte, insbesondere die Überflutung von Gräben oder die Zerstörung von Drainagesystemen, nicht zu erwarten. Auch im Rahmen der

---

<sup>12</sup> BVerwG, Urt. v. 18.03.2009 – 9 A 39.07, juris Rn. 32.



Ausübung des Ermessens nach § 12 Abs. 2 WHG sind keine Gründe ersichtlich, die im Ergebnis gegen die Erteilung der Erlaubnis sprechen. Wegen der Notwendigkeit der Wasserhaltung für die Realisierung der planfestgestellten Maßnahmen für den Neubau der 380-kV-Leitung (Freileitungs- und Erdkabelabschnitte) hat sich die Planfeststellungsbehörde daher – im Einvernehmen mit der Unteren Wasserbehörde – entschieden, die Erlaubnis zu erteilen.

Auch für die Einleitung des zutage geförderten Grundwassers in Oberflächengewässer wird die Erlaubnis erteilt. Hier gelten die vorstehenden Ausführungen in gleichem Maße, insbesondere werden die Bewirtschaftungsziele in Form des Verschlechterungsverbots und des Verbesserungsgebots nicht tangiert.

## **2.4 Stellungnahmen**

### **2.4.1 Samtgemeinde Neuenkirchen/ Gemeinde Merzen**

Die Samtgemeinde Neuenkirchen weist auf ihre Stellungnahme aus dem Ausgangsverfahren hin. Sie halte an der Position fest, dass die Errichtung und der Betrieb der Umspannanlage in Merzen und Neuenkirchen an den ausgewählten Stellen ungeeignet sei. Darüber hinaus sollten aufgrund der räumlichen Nähe der geplanten Höchstspannungsleitung zu Wohnhäusern (Abstand < 200 m) intensive Prüfungen mit Blick auf das Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit im Zusammenhang mit den Auswirkungen der geplanten Höchstspannungsleitung (Lärmimmission, Einfluss elektrischer und magnetischer Spannungsfelder, optisch bedrängende Wirkung) vorgenommen werden. Die negativen Einwirkungen seien so weit wie möglich zu minimieren. Die Planfeststellungsbehörde verweist insoweit auf ihre Erwiderungen unter Ziff. 2.4.1.2 des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024, in denen zu dem Vorbringen der Samtgemeinde Neuenkirchen/ Gemeinde Merzen bereits umfassend Stellung genommen wurde sowie auf die Ausführungen unter Ziff. 2.2.3.3.3 des vorliegenden Beschlusses.

Aus Sicht der Straßenbaulastträger wird darauf hingewiesen, dass sofern während der Bauarbeiten Schäden an Samtgemeindeverbindungs- und Gemeindestraßen, Straßenseitenräumen, Brücken oder im Bereich der Gewässer II. und III. Ordnung entstehen sollten, die Behebung dieser Schäden in enger Abstimmung mit der Samtgemeinde Neuenkirchen / Gemeinde Merzen und auf Kosten der Antragstellerin zu erfolgen habe. Dieser Forderung wurde durch die Nebenbestimmung unter Ziff. 1.3.1 des Planänderungsbeschlusses Rechnung getragen.

### **2.4.2 Landkreis Osnabrück, Fachdienst 6 – Planen und Bauen**

Der Landkreis Osnabrück, Fachdienst 6 – Planen und Bauen – hat in seiner Stellungnahme mit Blick auf die Regional- und Bauleitplanung, Naturschutz und Wald, Bodenschutz, Denkmalschutz sowie mit Blick auf die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Osnabrücker Land und die Belange der Straßen keine Bedenken angemeldet.

Als Untere Wasserbehörde hat der Landkreis ebenfalls keine grundsätzlichen Bedenken angemeldet, gleichwohl verschiedene Nebenbestimmungen zur Gewährleistung der Qualität von Oberflächen- und Grundwasserkörpern gefordert. Diese Auflagen wurden unter Ziff. 1.5 zum Bestandteil des vorliegenden Planfeststellungsbeschluss gemacht. Der Landkreis hat darüber hinaus darauf hingewiesen, dass das nach § 19 Abs. 1, 3 WHG notwendige Einvernehmen mit der zuständigen Unteren Wasserbehörde über die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis in einem gesonderten Schreiben erteilt wird. Insoweit wird auf die Ausführungen unter Ziff. 2.4.3 verwiesen. Die vom Landkreis Osnabrück in der Stellungnahme des Fachdienstes Umwelt und die von der



UWB im Rahmen der Einvernehmenserteilung geforderten Nebenbestimmungen sind weitestgehend deckungsgleich. Dem wurde unter Ziff. 1.5 Rechnung getragen.

#### **2.4.3 Landkreis Osnabrück, Untere Wasserbehörde**

Die Untere Wasserbehörde des Landkreises Osnabrück hat mit Schreiben vom 31.07.2025 (Az. FD7-2023-0038 He) für die mit der Anpassung des Wasserrechtsantrag für die Freileitung sowie des Wasserrechtsantrags für die KÜS Bohlenbach beantragten Grundwasserabsenkungen und Einleitungen ihr Einvernehmen nach § 19 Abs. 3 WHG erteilt.

Die von der Unteren Wasserbehörde geforderten Nebenbestimmungen wurden unter Ziff. 1.5 als Nebenbestimmungen zur wasserrechtlichen Erlaubnis in den vorliegenden Planänderungsbeschluss aufgenommen.

#### **2.4.4 Unterhaltungsverband 97 „Mittlere Hase“**

Der Unterhaltungsverband 97 „Mittlere Hase“ hat grundsätzlich keine Bedenken gegen die Planung vorgebracht, aber Auflagen hinsichtlich der Wasserhaltungsmaßnahmen und Einleitungen gefordert. Diese Forderungen wurden sämtlich als Nebenbestimmungen unter Ziff. 1.3.2 in den vorliegenden Planänderungsbeschluss aufgenommen.

Zudem hat der UHV 97 auf eine alternative bzw. zusätzliche Einleitungsmöglichkeit für die Wasserhaltung der KÜS Bohlenbach hingewiesen. Die Vorhabenträgerin hat auf Rückfrage der Planfeststellungsbehörde dargelegt, dass sie keinen Bedarf sieht, die durch den UHV 97 vorgeschlagenen alternativen Einleitstellen zu nutzen. Einerseits geht sie – dem Grunde nach nachvollziehbar – davon aus, dass die in der Planung vorgesehenen Einleitstellen am Bohlenbach ausreichen, um das Wasser aus den Wasserhaltungen einzuleiten. Andererseits wäre eine Nutzung der vorgeschlagenen Einleitstellen mit der Inanspruchnahme weiterer Grundstücke und der Durchführung von weiteren (genehmigungspflichtigen) Verrohrungen verbunden. Die Vorhabenträgerin hat gleichwohl in Aussicht gestellt, dass sie auf die Vorschläge des UHV 97 zurückkommen wird, falls die Einleitung in den Bohlenbach aufgrund von Starkregenereignissen nicht möglich sein sollte. Aus Sicht der Planfeststellungsbehörde ist diese Vorgehensweise in umweltfachlicher wie rechtlicher Hinsicht nicht zu beanstanden. Insbesondere wäre in dem Fall, dass eine Einleitung in den Bohlenbach aufgrund einer Überschreitung des bordvollen Abflusses nicht mehr möglich wäre, der Bau ohnehin einzustellen. Ein darüberhinausgehender Regelungsbedarf besteht damit vorliegend nicht.

#### **2.4.5 Wasserverband Bersenbrück**

Der Wasserverband Bersenbrück hat in seiner Stellungnahme zunächst darauf hingewiesen, dass die im Verfahren zu CCM 5 bereits abgegebenen Stellungnahmen weiterhin Gültigkeit besitzen.

Gegen die „Schalt- und Umspannanlage in Badbergen“ – gemeint ist die KÜS Bohlenbach – bestünden keine Bedenken. Mit Blick auf die „Änderung der Mastführung“ weist der Wasserverband darauf hin, dass nunmehr die Masten Nr. 23 bis Nr. 28 innerhalb des Trinkwasserschutzgebiets Ahausen (Schutzzone II) lägen. Die Masten Nr. 23 bis Nr. 26 lägen im näheren Bereich der Versorgungsbrunnen Br. II, III und V. Daher hat der Verband die Einhaltung von Auflagen zum Schutz des Trinkwasserschutzgebiets und der Brunnen gefordert.

Die Masten Nr. 23 bis Nr. 28 liegen innerhalb des Trinkwassergewinnungsgebiets (TGG) Ahausen-Sitter (Gebietsnummer 03459402102). Dieser Umstand wurde bereits im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024 betrachtet und bewertet. Im Rahmen der vorliegenden



Planänderung werden (insoweit nur) die Fundamente der Masten Nr. 26 und Nr. 28 angepasst. Diese werden von einem Zwillingsbohrpfahlfundament zu einem Dreifachbohrpfahlfundament geändert, die Abmessungen verändern sich demzufolge (geringfügig). Eine Beeinträchtigung des TGG ist aufgrund dieser geringfügigen Anpassung nicht zu erwarten, vgl. Ziff. 2.2.3.3.3.1. Dass die Vorgaben des WHG und der VwVwS sowie der Schutzgebietsverordnung einzuhalten sind, ergibt sich aus dem zu beachtenden materiellen (Wasser-)Recht.

Die durch den Wasserverband Bersenbrück insoweit geforderten Nebenbestimmungen haben unter Ziff. 1.3.3 Eingang in den vorliegenden Planfeststellungsbeschluss gefunden. Die Vorhabenträgerin hat insoweit auch zugesagt, dass im TGG nur Stahlrohbohrungen zum Einsatz kommen. Darüber hinaus hat der Wasserverband gefordert, dass keine Stützflüssigkeiten zum Einsatz kommen. Die Vorhabenträgerin hat insoweit darauf hingewiesen, dass als Stützflüssigkeit lediglich Wasser eingesetzt wird. Die Planfeststellungsbehörde geht mit der Vorhabenträgerin davon aus, dass der Einsatz von Wasser als Stützflüssigkeit (anders als üblicherweise verwendetes Betonit/ Bentonitsuspensionen oder polymere Stützflüssigkeiten) insoweit unproblematisch und damit nicht von der Forderung nach einem Verzicht auf „Stützflüssigkeit“ erfasst ist.

Der Wasserverband Bersenbrück hat weiterhin auf Wasserleitungen verwiesen, die im Bereich der Planänderung liegen. Die Vorhabenträgerin hat auf Rückfrage der Planfeststellungsbehörde bestätigt, dass diese bekannt und der Planung zugrunde gelegt worden sind.

Auf Ziff. 2.2.2.2.3.5.3 (allgemein zum TWGG Ahausen-Sitter) und Ziff. 2.4.1.27 (Erwiderung auf Stellungnahme des WBV Bersenbrück im Ausgangsverfahren) des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024 wird verwiesen.

#### **2.4.6 Gewässerkundlicher Landesdienst**

Die Stellungnahme des Gewässerkundlichen Landesdienstes (GL) wurde vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) und vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), Betriebsstelle Cloppenburg im Einvernehmen erstellt.

Der GL bewertet die dem Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis zur temporären Entnahme aus dem Grundwasser und Einleitung in Oberflächengewässer zugrundeliegenden Unterlagen als unvollständig. Es wird empfohlen, die Antragsunterlagen entsprechend der nachfolgend aufgeführten fachlichen Hinweise und Empfehlungen zu ergänzen. Die Planfeststellungsbehörde hat diese Empfehlungen und Hinweise geprüft und wie im Folgenden dargestellt bewertet.

##### *Fachliche Hinweise und Empfehlungen Grundwasser*

Der GL weist darauf hin, dass die im Rahmen der Antragsunterlagen herangezogenen Grundlagen zur Beschreibung der geologischen bzw. hydrogeologischen Verhältnisse nicht vorliegen und somit eine Bewertung der konkreten Vorhaben durch den GLD nicht vorgenommen werden könne. Für die geplanten Maßnahmen sei ein hydrogeologisches Gutachten zu erstellen und in den Antragsunterlagen zu ergänzen. Falls sich aus dem hydrogeologischen Gutachten eine Betroffenheit des Bodenwasserhaushalts von angrenzenden Flächen ergeben sollte, sei ggf. ein bodenkundliches Gutachten zu erstellen, dass die Auswirkungen auf die Land- und Forstwirtschaft bewerten sollte.

Die Planfeststellungsbehörde erkennt mit Blick auf die von der Vorhabenträgerin vorgelegten Antragsunterlagen insoweit keinen Nachbesserungsbedarf. Die Vorhabenträgerin hat den



Antragsunterlagen ein umfassendes Anlagenkonvolut beigesteuert. Für die Entscheidung über die im „Wasserrechtsantrag Freileitung“ (Anlage 9.8.3) und den Wasserrechtsantrag für die KÜS Bohlenbach (Anlage 9.11) beantragten Gewässerbenutzungen wurden von der Planfeststellungsbehörde die im Rahmen der Antragstellung, der 1. und der 5. Planänderung vorgelegten Antragsunterlagen herangezogen. Diesen hat die Vorhabenträgerin nach glaubhafter Erläuterung die geologischen und hydrologischen Informationen aus den von ihr durchgeführten Baugrunduntersuchungen (zuletzt März 2024) zugrunde gelegt. Die Vorhabenträgerin verweist weiter darauf, dass die hydrogeologischen Verhältnisse darüber hinaus den kf-Werten (Durchlässigkeitswerten der Lockersedimente) aus den Baugrunduntersuchungen zugrunde liegen. Den inhaltlichen Vorgaben des Leitfadens für hydrogeologische und bodenkundliche Fachgutachten bei Wasserrechtsverfahren Niedersachsen werde damit entsprochen. Aus Sicht der Planfeststellungsbehörde reichen die damit insgesamt vorliegenden Informationen aus, um die geologischen und hydrogeologischen Verhältnisse ausreichend zu bewerten. Die Erstellung weiterer Antragsunterlagen (hydrogeologisches Gutachten, FB WRRL) hält sie daher nicht für notwendig.

Die Bewertung der Auswirkungen auf Land- und Forstwirtschaft war für die Planfeststellungsbehörde auf Grundlage der Antragsunterlagen möglich. Sie hat im Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 in Ziff. 2.2.3.11 ausgeführt, dass Belange der Landwirtschaft dem planfestgestellten Leitungsbauvorhaben nicht entgegenstehen. Eine abweichende Bewertung für die im Zuge der 5. Planänderung beantragten Maßnahmen ist nicht angezeigt. Auch angesichts der – teilweisen – Vergrößerung der Absenkrichter für die Errichtung der Freileitungsmasten sowie im Zuge der beantragten Wasserhaltungen für die Errichtung der KÜS Bohlenbach ist mit entscheidungsrelevanten Auswirkungen auf Land- und Forstwirtschaft nicht zu rechnen. Die Grundwasserabsenkungen wirken sich nur temporär und lokal aus. Nach Abschluss der Wasserhaltungsmaßnahmen können sich die ursprünglichen Grundwasserstände zeitnah wieder einstellen. Zudem werden die Grundwasserabsenkungen nicht gleichzeitig auf der gesamten Trasse durchgeführt, sondern grundsätzlich nacheinander, abhängig von Baufortschritt, Bedarf und Baulos. Schließlich ist der Grundwasserstand im Vorhabenbereich ohnehin natürlichen Schwankungen unterworfen und durch die landwirtschaftliche Nutzung bereits großflächig und längerfristig verändert ist. Eine relevante Beeinträchtigung des Bodens – und damit der land- und forstwirtschaftlichen Nutzbarkeit – durch Grundwasserabsenkung ist nicht zu erwarten. Sofern durch die Wasserhaltungsmaßnahmen eine verminderte Ertragsfähigkeit in Folge von vorherigen Bau- und Arbeitsmaßnahmen nachweislich verursacht wird, werden dem selbstbewirtschaftenden Eigentümer bzw. dem zur Bauzeit rechtmäßigen Flächenpächter die Ausfälle ersetzt (vgl. dazu ausführlich Ziff. 2.2.3.11 des Planfeststellungsbeschlusses).

Darüber hinaus empfiehlt der GL, ein Monitoringkonzept aufzustellen, das berücksichtigt, dass bei der Planung der Messstellen ein potenziell größerer Einflussbereich entsteht. In diesem Zuge sei ein Überwachungskonzept hinsichtlich der Einleitung bzw. Versickerung mit Fokus auf die Beschaffenheit sowie das Überwachungsintervall (zeit- bzw. volumenabhängig) vorzulegen. Auch müsse sichergestellt werden, dass möglicherweise kurzfristig auftretende Leichtphasen im Versickerungsbauwerk zeitnah erkannt und geeignete Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können.

Die Planfeststellungsbehörde verweist insoweit auf das in den Maßnahmen 1.1V, 1.5V<sub>(FFH)</sub>, 1.6V<sub>(FFH)</sub> und 1.7V<sub>(FFH)</sub> (Anlage 11.2) ausgearbeitete Konzept zum Schutze von (u.a) Grund- und Oberflächengewässerkörpern. Die Maßnahmenblätter wurden im Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 planfestgestellt. Die Maßnahme 1.6V<sub>(FFH)</sub> dient gezielt der „Vermeidung und Minimierung der Beeinträchtigung durch die Einleitung von Grundwasser“. Dieses wird flankiert von den Nebenbestimmungen unter Ziff. 1.2.2.11, Ziff. 1.2.2.12, Ziff. 1.2.2.14 sowie Ziff. 1.2.2.24 des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024. Die Vorhabenträgerin hat im Anhörungs-





verfahren ergänzend darauf hingewiesen, dass die Radien der Absenktrichter im Wasserrechtsantrag Freileitung (Anlage 9.8.3) als Nulllinie dargestellt seien. Im Bereich der mit der 5. Planänderung planfestgestellten Maßnahme lägen die natürlichen Grundwasserschwankungen allerdings schon im Bereich von 1,0 m bis 1,5 m. Diese Daten könnten der Daten der Datenbank des niedersächsischen Grundwasserdiensts für die Grundwassermessstelle OS-Kreuzbreite (Mst.-ID 9700200) entnommen werden. Die Auswirkungsreichweite von < 1 m der Wasserhaltung überschreite im Freileitungsbau das Baufeld damit um maximal 10 m bis 20 m. Somit würden keine weiteren Betroffenheiten ausgelöst. Weitere Maßnahmen sind nach Wertung der Planfeststellungsbehörde nicht vorzusehen, da das aktuelle Maßnahmenkonzept geeignet ist, möglichen erheblichen negativen Auswirkungen auf das Grundwasser entgegenzuwirken.

Schließlich weist der GL darauf hin, dass die Auswirkungen aller Maßnahmen auf den Grundwasserhaushalt auch in ihrer Gesamtheit darzustellen sind, sofern die Wasserhaltungsmaßnahmen für den Neu- und Rückbau der Freileitungsmasten und den Bau der KÜS zeitgleich erfolgen. Schließlich – so der GL im Abschnitt „Empfehlungen“ – müsse der Erläuterungsbericht zu den wasserrechtlichen Anträgen um zeitliche Angaben zur geplanten Gesamtentnahme und Einleitdauer (serielle oder ggf. parallele Bauweise der Abschnitte) ergänzt werden. Bei paralleler Bauweise sei die maximalen Entnahmemenge / Einleitmenge über die entsprechenden Zeiträume anzugeben.

Die Planfeststellungsbehörde weist darauf hin, dass die Freileitungsmasten der Neubauleitung jeweils nacheinander errichtet werden. Auf Rückfrage hat die Vorhabenträgerin zudem bestätigt, dass eine Gleichzeitigkeit von Neu- und Rückbaumaßnahmen ausgeschlossen werden kann. Eine gleichzeitige Errichtung (und damit parallele bauzeitliche Wasserhaltung) erfolgt demgegenüber im Umfeld der KÜS Bohlenbach an der Mastbaustelle von Mast Nr. 53. Die Vorhabenträgerin hat der Planfeststellungsbehörde bestätigt, dass es hier jederzeit möglich ist, – etwa durch Bauunterbrechungen – kurzfristig auf unvorhergesehene Situationen (z.B. Starkregenereignis zeitgleich zur parallelen Einleitung) zu reagieren. Darüber hinaus ist aufgrund der zeitlichen Begrenzung der Dauer des Mastbaus von Mast Nr.53 (Fundamentgründung) auf ca. sechs Wochen nicht mit einer längeren Überschneidung der Einleitphasen der KÜS Bohlenbach und der Mastbaustelle Nr. 53 zu rechnen. Schließlich sind die zulässigen Einleitmengen an den jeweiligen Baustellen in den Wasserrechtsanträgen festgelegt. Bei Einhaltung der o.g. Vorgaben ist nach Überzeugung der Planfeststellungsbehörde von der Vereinbarkeit mit den Vorgaben von WHG und WRRL auch bei gleichzeitigem Betrieb der Baustellen der KÜS und an Mast Nr. 53 auszugehen.

Schließlich äußert sich der GL zur möglichen Versickerung von Wasser aus der Wasserhaltung an der KÜS Bohlenbach. Die Vorhabenträgerin habe in Anlage 9.11 auf die ungünstigen Versickerungsbedingungen im Umfeld der Maßnahme hingewiesen und eine Einleitung des entnommenen Grundwassers in den Bohlenbach favorisiert. Im Rahmen einer Alternativenprüfung empfiehlt der GL zu prüfen, ob im weiteren Umfeld an höher gelegenen Standorten eine Versickerung in Frage komme. Sofern es zu Versickerungsmaßnahmen komme, sei zudem eine Erstcharakterisierung der Grundwassergüte auf den entsprechenden Flächen erforderlich und eine Überwachung des einzuleitenden Wassers und des Grundwassers im Rahmen des Monitoringkonzeptes vorzusehen. Der GL empfiehlt zudem aufgrund der festgestellten lokalen Heterogenität mit durchlässigen und geringdurchlässigen Standorten und der ggf. vorhandenen Möglichkeit, undurchlässige Schichten geringer Mächtigkeit durch Sickerschächte zu durchbrechen und anschließend wiederherzustellen, zu prüfen, inwiefern eine lokale (Teil-)Verrieselung umsetzbar ist.

Die Planfeststellungsbehörde verweist insoweit zunächst auf die Ausführungen der Vorhabenträgerin in Anlage 9.11 (S. 19), wonach für die Wasserhaltung an der KÜS Bohlenbach eine Versickerung wegen des geringen Flurabstands des Grundwassers und der schichtweise geringen Durchlässigkeitsbeiwerte abgelehnt wurde. Eine abweichende Bewertung hiervon ist nach



Rücksprache der Planfeststellungsbehörde mit der Vorhabenträgerin nicht angezeigt. Die Vorhabenträgerin hat ergänzend im Anhörungsverfahren darauf hingewiesen, dass auch nach einer nochmaligen Prüfung der Topographie im Vorhabenbereich eine Versickerungsfähigkeit der Böden nicht gegeben sei. Darüber hinaus seien die an Mast Nr. 53 zu erwartenden Einleitmengen nach der Erfahrung der Vorhabenträgerin zu hoch für eine Versickerung oder Verrieselung. Die Planfeststellungsbehörde schließt sich diesen nachvollziehbaren Aussagen an und weist ergänzend darauf hin, dass die durch den GL vorgeschlagene Verrieselung voraussichtlich mit der Inanspruchnahme von bislang nicht durch das Vorhaben betroffenen Grundstücken verbunden wäre.

#### *Fachliche Hinweise und Empfehlungen Oberflächengewässer*

Mit Blick auf die Wasserhaltungsmaßnahmen und Einleitungen, die für die Errichtung der KÜS Bohlenbach genehmigt werden, hat der GL zunächst die biologischen Qualitätskomponenten des Bohlenbachs nochmals dargestellt und die Ergebnisse der Baugrunduntersuchungen der Vorhabenträgerin von 2023 und 2024 dargelegt.

Der GL bringt in diesem Zusammenhang vor, dass die Antragsunterlagen keine detaillierten Festlegungen enthielten, ab welchen Stoffkonzentrationen der einzelnen Parameter Minderungsmaßnahmen bzgl. der Einleitungen ergriffen werden. Zwar würden die in den Unterlagen vorgeschlagene Enteisungsanlage sowie Maßnahmen zur Vermeidung morphologischer Schäden des Gewässers vom GLD begrüßt. Der Parameterkatalog sei jedenfalls um Sauerstoff, TOC, Ortho-Phosphat-P, Gesamt-N und Ammoniak-N zu erweitern. Insoweit solle der Katalog genauer beschreiben, (a) ab welchen Konzentrationen Vermeidungsmaßnahmen ergriffen werden sollen und (b) warum die Vermeidungsmaßnahme zur Erreichung der festgelegten Einleitwerte geeignet sind. Schließlich solle ein Konzept zur Überwachung / Beweissicherung vorgesehen werden. Zudem sollte durch die Umweltbaubegleitung die Einhaltung wasserrechtlicher Anforderungen sichergestellt werden. Die Umsetzung der Vermeidungsmaßnahmen sollte als Nebenbestimmung vorgegeben werden.

Die Planfeststellungsbehörde verweist zunächst auf die Maßnahme 1.6V<sub>(FFH)</sub> und die Nebenbestimmungen unter Ziff. 1.2.2.11, Ziff. 1.2.2.12, Ziff. 1.2.2.14 sowie Ziff. 1.2.2.24 des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024 und die Nebenbestimmung Ziff. 1.17 dieses Planänderungsbeschlusses. Im Maßnahmenblatt 1.6V<sub>(FFH)</sub> ist festgelegt, dass das einzuleitende Gewässer auf Eisen, Sauerstoffgehalt, Ammonium, pH-Wert, Leitfähigkeit, Trübung, Färbung zu untersuchen ist. Für die Parameter Sauerstoff und Eisen werden Werte festgelegt. Es ist zudem ein Absetzbecken vorgesehen, um abfiltrierbare Stoffe zu filtern. Insbesondere wird im Planfeststellungsbeschluss unter Ziff. 1.2.2.24 die Einhaltung eines Eisenwerts von 1,0 mg/l innerhalb von FFH-Gebieten und nicht von 1,8 mg/l gemäß Anlage 7 der Oberflächengewässerverordnung vorgegeben. Für die Parameter TOC, Ortho-Phosphat-P, Gesamt-N und Ammoniak-N enthält der Planfeststellungsbeschluss keine konkreten Werte. Aus Sicht der Planfeststellungsbehörde ist eine Beprobung auf diese Stoffe unter Berücksichtigung der Planungserfahrung aus anderen im Umgriff des Vorhabens liegenden Planfeststellungsverfahren nicht notwendig, auch die zuständigen Wasserbehörden haben keine entsprechenden Auflagen gefordert.

Diese Annahme hat sich auf der Grundlage der von der Vorhabenträgerin im Zuge des Anhörungsverfahrens ergänzten Ausführungen zu den einzelnen Parametern bestätigt:

Die Vorhabenträgerin sieht eine Beprobung der abfiltrierbaren Stoffe nicht als erforderlich an, da der Sedimenteintrag durch ein Absetzbecken komplett reduziert und die Menge der abfiltrierbaren Stoffe wird seitens IFUA mittels Imhofftrichter kontrolliert und dokumentiert. Die Planfeststellungsbehörde teilt diese Einschätzung.





Hinsichtlich des pH-Werts hat die Vorhabenträgerin zugesagt, dass eine regelmäßige vor-Ort Kontrolle an den Einleitstellen vorgenommen werde und zusätzlich kurzfristig chemische Analysen des pH-Werts aus Voruntersuchungen zur Betonaggressivität des Grundwassers an den Maststandorten durchgeführt werden. Auch vor dem Hintergrund der unter Ziff. 1.3.5 als verbindliche erklärten Zusage sieht die Planfeststellungsbehörde in Übereinstimmung mit der Vorhabenträgerin eine Beprobung als nicht erforderlich an.

Die Hintergrundwerte der Konzentration von Ammonium ( $4 \text{ NH}_4$ ) im Grundwasser liegen im betrachtungsrelevanten Abschnitt im Bereich von 0,5-5 mg/l und somit unter dem Überwachungswert von < 5 mg/l. Die Planfeststellungsbehörde schließt sich daher der Vorhabenträgerin dahingehend an, dass sie eine Beprobung als nicht erforderlich erachtet.

Die Belastung mit Nitrat ( $\text{NO}_3$ ) und Nitrit ( $\text{NO}_2$ ) ist nach der Schilderung der Vorhabenträgerin im Wesentlichen auf den (übermäßigen) Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft zurückzuführen. Das planfestgestellte Vorhaben, auch die von der 5. Planänderung betroffenen Abschnitte, verläuft durch überwiegend landwirtschaftlich genutzte Flächen. Die Vorhabenträgerin geht davon aus, dass die Belastung der Gräben und Flüsse durch die direkte Auswaschung von Nitrit und Nitrat der landwirtschaftlichen genutzten Flächen höher ausfällt als durch eine grundwassergeförderte Einleitung, da erstere unmittelbarer und langfristiger sei. Vor diesem Hintergrund bewertet sie eine zusätzliche Beprobung des Grundwassers auf Nitrat und Nitrit als unverhältnismäßig und nicht zielführend. Zudem weist die Vorhabenträgerin darauf hin, dass die auf dem Messstellennetz des Umweltbundesamts angegeben Werte für Nitrat in Umgebung des planfestgestellten Vorhabens im Bereich von 1,06-35,93 mg/l und somit unter dem Überwachungswert von 50 mg/l liegen. Die Planfeststellungsbehörde schließt sich dem an und stuft eine Beprobung ebenfalls nicht als verhältnismäßig – insbesondere, da schon nicht erforderlich – ein.

Die Werte für Eisen/ Fe-gesamt liegen im Vorhabensbereich im Bereich von 2-10 mg/l (laut NIBIS Server). Im Zuge der Voruntersuchungen werden die Eisen-Werte standortbezogen analysiert. Wie in den Antragsunterlagen und im Planfeststellungsbeschluss vorgesehen, wird bei Bedarf ein Strohfilter oder eine Enteisungsanlage vorgeschaltet. Eine darüberhinausgehende Anordnung von Nebenbestimmungen ist aus Sicht der Planfeststellungsbehörde nicht erforderlich.

Die Hintergrundwerte der Sulfat-Konzentration im Grundwasser liegen im Bereich von < 125 mg/l und 125-250 mg/l. Die im Vorfeld der Planung durch die Vorhabenträgerin abgerufenen Ergebnisse entlang der Bauleitung ergaben keine Werte, die 150 mg/l übersteigen. Somit liegen die Werte im Vorhabensbereich unter dem Überwachungswert von < 200 mg/l. Die Planfeststellungsbehörde sieht mit der Vorhabenträgerin eine Beprobung nicht als erforderlich an.

Für die Konzentration von Pges weist die Vorhabenträgerin darauf hin, dass ihr insoweit lediglich Hintergrundwerte für Phosphat im Grundwasser vorliegen. Diese liegen im Bereich von 0,25 – < 1 mg/l und 1 – < 2,5 mg/l. Die abgerufenen Ergebnisse entlang des planfestgestellten Vorhabens ergaben Werte von ca. 1,1 mg/l. Die Werte liegen mithin unter dem Überwachungswert von < 2 mg/l. Die Vorhabenträgerin hat nachvollziehbar ausgeführt, dass Phosphat die biologisch aktive Form von Phosphor darstellt und daher der Phosphatwert annäherungsweise nach dem Pges-Gehalt bestimmt werden kann. Die Planfeststellungsbehörde hat dies nachvollzogen und sieht mit der Vorhabenträgerin eine Beprobung als nicht erforderlich an.

Auf Grundlage der sedimentologischen Erkenntnisse aus den Baugrunduntersuchungen und des technischen Aufbaus der Wasserhaltungsmaßnahme geht die Vorhabenträgerin davon aus, dass der Anteil an organischen Stoffen (CSB/BSB<sub>5</sub>) im geförderten Grundwasser vernachlässigbar gering sein wird. Der Einleitung ist ein Absetzbecken vorgeschaltet in dem Sediment – somit auch organisches Material – vorab aus dem einzuleitenden Wasser abgesetzt wird. Daher sieht die



Planfeststellungsbehörde in Übereinstimmung mit der Vorhabenträgerin eine Beprobung nicht als erforderlich an.

Ein über die in den Vermeidungsmaßnahmen hinausgehendes Konzept zur Beweissicherung oder ein Monitoring sieht die Planfeststellungsbehörde nicht als notwendig an. Auch erfüllt die in Maßnahme 1.1V vorgesehene Umweltbaubegleitung die geforderten Funktionen bereits. Die Planfeststellungsbehörde verweist zudem darauf, dass die Maßnahmenblätter aus Anlage 11.2 im Planfeststellungsbeschluss vom 25.09.2024 planfestgestellt worden sind. Darüber hinausgehende Nebenbestimmungen sieht sie nicht als erforderlich an.

Zusätzlich fordert der GL die Prüfung der Eignung von Absetzbecken/ Rückhaltekapazitäten mit gedrosseltem Ablauf zur Minderung von gewässerbezogenen Belastungen.

Die Planfeststellungsbehörde verweist insoweit auf Maßnahme 1.6V<sub>(FFH)</sub>, das festlegt, dass zur Vermeidung von übermäßiger Schwebstofffracht wird ein Absetzbecken mit Filterungsmaterial (Stroh- oder Sandfilter, Körnung 2 mm bis 32 mm) eingesetzt wird. Darüberhinausgehende Absetzbecken oder Rückhaltekapazitäten sieht die Planfeststellungsbehörde nicht als angezeigt.

Schließlich regt der GL an, nach Abschluss der Arbeiten evtl. betroffene Ufer- und Sohlbereiche nach Möglichkeit naturnäher zu gestalten.

Die Planfeststellungsbehörde verweist insoweit auf die Maßnahme 1.10V (Anlage 11.2) und die Nebenbestimmung Ziff. 1.1.3.2.7.1 des Planfeststellungsbeschlusses, welche Vorgaben für die Wiederherstellung der vorhabenbedingt in Anspruch genommenen Flächen enthalten. Damit wird den Anforderungen des GL aus Sicht der Planfeststellungsbehörde ausreichend Rechnung getragen.

#### *Allgemeine Hinweise*

Im Ergebnis folgert der GL, dass vor dem Hintergrund der Hinweise zum Wasserkörper und dessen Bewirtschaftungszielen sowie der vorliegenden Grundwassermesswerte, ausstehender Detailangaben zu Vermeidungsmaßnahmen, der Gesamteinleitmenge (818.386 m<sup>3</sup>) und der Einleitdauer (602 Tage, seriell) auf Basis der vorliegenden Unterlagen nicht ausgeschlossen werden könne, dass die Einleitung in den Bohlenbach den WRRL-Bewirtschaftungszielen (§ 27 WHG) entgegensteht. Der GL weist ferner darauf hin, dass sofern nicht durch Vermeidungsmaßnahmen sichergestellt werden könne, dass bei der Einleitung von Grundwasser in den Bohlenbach alle Parameter unterhalb der Orientierungswerte für Oberflächengewässer (OGewV, Anlage 7) liegen bzw. eine Überschreitung der Umweltqualitätsnorm (OGewV, Anlage 6 und 8, insbes. Schwermetalle) ausgeschlossen werden kann, müsse ein Fachbeitrag WRRL erstellt werden. Dabei sei auch eine Alternativenprüfung durchzuführen.

Dem widerspricht die Planfeststellungsbehörde. Unter Ziff. 2.2.3.3.2 dieses Beschlusses hat sie eine umfassende Würdigung der Anforderungen nach §§ 27, 47 WHG für die im Rahmen der 5. Planänderung beantragten Wasserhaltungsmaßnahmen vorgenommen. Sie ist zu dem Ergebnis gekommen, dass das Vorhaben i. d. F. der 5. Planänderung mit den Vorgaben des WHG und der WRRL, insbes. auch des Verschlechterungsverbotes und des Verbesserungsgebotes vereinbar ist.

Die Planfeststellungsbehörde konnte diese Bewertung auf Grundlage der von der Vorhabenträgerin vorgelegten Antragsunterlagen treffen. Die notwendigen Informationen finden sich einerseits in den wasserrechtlichen Anträgen aus der 5. Planänderung und andererseits in dem mit den Antragsunterlagen vorgelegten Fachbeitrag WRRL i. d. F. der 1. Planänderung



(Anlage 9.7). Die Annahmen der Anlage 9.7. haben auch für die mit der 5. Planänderung vorgesehenen bzw. geänderten Maßnahmen weiterhin Bestand. Dies gilt, obwohl es im Zuge der 5. Planänderung ausweislich der Antragsunterlagen zu einer Erhöhung der Gesamtentnahmemengen und einer Verlängerung der Entnahmedauer (hinsichtlich der Freileitung) bzw. zu zusätzlichen Wasserhaltungsmaßnahmen für die KÜS Bohlenbach kommt.

Die Vorhabenträgerin hat im Anhörungsverfahren die Erhöhung der Entnahmemengen der 5. Planänderung im Vergleich zur 1. Planänderung nochmals wie folgt aufgeschlüsselt: Für den Neubau von Freileitungsmasten erfolgt eine Erhöhung der Entnahmemenge um 175.680 m<sup>3</sup>; gemeinsam mit den unveränderten Wasserhaltungen für den Rückbau von 43.200 m<sup>3</sup> insgesamt führt dies zu einer Gesamtwasserhaltung Freileitung von 2.008.080 m<sup>3</sup>. An der KÜS Bohlenbach tritt eine Entnahme von 818.386 m<sup>3</sup> hinzu, sodass eine Erhöhung um insgesamt 994.066 m<sup>3</sup> erfolgt. Unter Berücksichtigung der Wassermenge, die im Rahmen der 1. Planänderung angegeben wurde, erhöht sich die zu entnehmende Wassermenge damit um ca. 32 %. Die Entnahmedauer für den Neubau von Freileitungsmasten umfasst (weiterhin) 30 Tage, an der KÜS Bohlenbach wird für die Dauer von 602 Tagen eine Wasserhaltung veranschlagt.

Auf dieser Grundlage kommt die Planfeststellungsbehörde in Übereinstimmung mit der Vorhabenträgerin zu dem Ergebnis, dass die mit der 5. Planänderung beantragten Erhöhungen der zu entnehmenden (und einzuleitenden) Wassermengen und Verlängerungen der Dauer im Vergleich zu der Größe der Grundwasserkörper und angesichts der Beschränkung der Auswirkungen auf die Bauphase nicht geeignet sind, die Erreichung der Ziele der WRRL zu be- oder verhindern. Diese Bewertung der Planfeststellungsbehörde konnte die Planfeststellungsbehörde auch auf Grundlage der Antragsunterlagen (Ausgangsunterlagen, Antragsunterlagen zur 1. und 5. Planänderung) treffen. Eine neue fachliche Einschätzung der Vereinbarkeit mit den Vorgaben des WHG und der WRRL ist daher nicht angezeigt.

Die Vorhabenträgerin hat sich gleichwohl im Anhörungsverfahren nochmals ausführlich zu den Erhöhungen der Entnahmemengen und der Verlängerung der Dauer der Wasserhaltungen geäußert und ist den Bedenken des GL gegenüber der Vereinbarkeit des Vorhabens in Gestalt der 5. Planänderung mit den Vorgaben der WRRL, insbes. §§ 27, 47 WHG, für die Planfeststellungsbehörde nachvollziehbar entgegengetreten.

#### a) Bewertung der erhöhten Entnahmemenge

Trotz der Erhöhung der Wassermenge durfte die Vorhabenträgerin von lediglich geringen Auswirkungen auf die Grundwasserkörper ausgehen, die nicht geeignet sind, die Ziele der WRRL zu behindern.

Das Vorhaben liegt größtenteils im Bereich des GWK „Hase links Lockergestein“, ein kleiner Bereich erstreckt sich in den GWK „Große Aa“. Der FB WRRL legt im Bewirtschaftungszeitraum 2021-2027 eine jährliche Entnahme von ca. 18.220.151 m<sup>3</sup>/a für den GWK „Hase links Lockergestein“ und von ca. 6.447.378 m<sup>3</sup>/a für den GWK „Große Aa“ zugrunde. Die jährliche Grundwasserneubildung beträgt 175.280.000 m<sup>3</sup> im GWK „Hase links Lockergestein“ und 85.740.000 m<sup>3</sup> im GWK „Große Aa“. Die allgemein zulässige Entnahme entspricht damit ca. 10,4 % der Grundwasserneubildungsrate des GWK „Hase links Lockergestein“ und ca. 7,5 % der Grundwasserneubildungsrate des GWK „Große Aa“.

Selbst unter der Annahme, dass die Grundwasserabsenkung ausschließlich in einem Grundwasserkörper und innerhalb eines Jahres stattfindet, würde die Entnahme von 2.826.466 m<sup>3</sup> im Zuge der Wasserhaltungsmaßnahmen der 5. Planänderung eine Erhöhung des Anteils der genehmigten Entnahmemenge im Verhältnis zur jährlichen Grundwasserneubildung um jeweils



lediglich ca. 1,6 % für den GWK Hase links Lockergestein bzw. ca. 3,3 % für den GWK Große Aa bedeuten. Eine negative Veränderung in Bezug auf die quantitative Grundwasserqualität ist durch die Wasserhaltungsmaßnahmen im Rahmen der 5. Planänderung demnach aus der nachvollziehbaren Bewertung der Vorhabenträgerin nicht gegeben.

#### b) Bewertung der erhöhten Entnahmedauer

Die Dauer der Wasserhaltungsmaßnahmen erhöht sich im Rahmen der 5. Planänderung nach der zutreffenden Schilderung der Vorhabenträgerin durch die zusätzlichen Wasserhaltungsmaßnahmen für die KÜS Bohlenbach. Im Vergleich zur bisher dargelegten Entnahmedauer im Rahmen der 1. Planänderung ist diese Erhöhung lediglich gering. Für die Dauer der Wasserhaltungsmaßnahmen für die geplante KÜS Bohlenbach werden insgesamt 602 Tage veranschlagt. Die Wasserhaltungsmaßnahmen einer einzelnen Muffe für den Teilabschnitt der Erdkabel wurden bereits bei der ursprünglichen Planfeststellungsentscheidung mit einer Dauer von 390 Tagen kalkuliert. Damit wurden für die Wasserhaltungsmaßnahmen der Erdkabel über alle Bautätigkeiten und -abschnitte hinweg insgesamt 2.491 Tage veranschlagt. Im Vergleich dazu erhöht sich die Entnahmedauer infolge der 5. Planänderung um ca. 25 %. Es handelt sich insgesamt um kurzzeitige und lokal begrenzte Wasserhaltungsmaßnahmen.

#### c) Bewertung Absenktrichter

Für die im Rahmen der 5. Planänderung neu geplanten Wasserhaltungsmaßnahmen beträgt die Reichweite einzelner Absenktrichter für den Neu-/Rückbau der Freileitungsmasten bis zu 125 m bis maximal 150 m. Die durchschnittlichen Reichweiten der Absenktrichter für den Neu-/Rückbau der Freileitungsmasten sind jedoch deutlich kleiner. Die Absenktrichter für die Wasserhaltungsmaßnahmen an der KÜS Bohlenbach weisen eine Reichweite von bis zu ca. 100 m auf. Die Auswirkungen der Grundwasserabsenkungen sind insbesondere bis zu einer Absenkung von 1 m lokal eng begrenzt und überragen das Baufeld in den meisten Fällen nicht.

Für den Neu- bzw. Rückbau der Freileitungsmasten wird eine Absenktiefe von bis zu 3,50 m unter GOK angestrebt. Die Absenkung des Grundwassers für die geplante KÜS Bohlenbach soll bis zu einer Tiefe von ca. 5,5 m unter GOK erfolgen. Die Absenkungen liegen überwiegend im natürlichen Schwankungsbereich des Grundwasserspiegels.

Die Vorhabenträgerin erwartet, für die Planfeststellungsbehörde nachvollziehbar, dass sich nach Beendigung der Wasserhaltungsmaßnahmen die ursprünglichen Grundwasserverhältnisse wieder einstellen.

#### d) Einleitung in Oberflächengewässer

Das im Rahmen der Wasserhaltungsmaßnahmen der 5. Planänderung geförderte Grundwasser soll vollständig in Oberflächengewässer eingeleitet werden.

Das bei der Wasserhaltung für den Bau der KÜS Bohlenbach sowie z.T. für den Neu- bzw. Rückbau der Freileitungsmasten anfallende Wasser soll in den Bohlenbach eingeleitet werden. Nach vorliegenden Planunterlagen (Wasserrechtsantrag Wasserhaltung Erdkabel, Anlage 9.8.1, Tab. 5.3.2) weist der Bohlenbach eine hydraulische Leistungsfähigkeit von  $Q_{\text{voll}} = 336 \text{ l/s}$  auf. Bei der – nicht realistischen – Annahme, dass alle Wasserhaltungsmaßnahmen beim Bau der KÜS Bohlenbach parallel durchgeführt werden (Gesamtwassermenge  $818.386 \text{ m}^3$ ), würde die eingeleitete Wassermenge von ca.  $106,75 \text{ l/s}$  lediglich 32 % der hydraulischen Leistungsfähigkeit des Bohlenbachs entsprechen. Die beim Neu-/Rückbau der Freileitungsmasten anfallenden Wassermengen von ca.  $30.000 \text{ m}^3$ , welche in den Bohlenbach eingeleitet werden sollen, würden





den Anteil des einzuleitenden Wassers an der hydraulischen Leistungsfähigkeit des Gewässers nur geringfügig zusätzlich belasten.

Die beim Neu-/Rückbau der Freileitungsmasten anfallenden Wassermengen sollen darüber hinaus auch in weitere Gewässer eingeleitet werden. Für diese Gewässer sind nach den vorliegenden Planunterlagen keine Angaben zu der hydraulischen Leistungsfähigkeit bekannt. Da die Einleitmengen in die anderen Gewässer jedoch geringer sind im Vergleich zum Bohlenbach, zudem z.T. mehrere Einleitstellen vorgesehen sind und die Gewässer eine ähnliche Größe aufweisen, wird davon ausgegangen, dass die hydraulische Leistungsfähigkeit der Gewässer durch die Einleitungen weiterhin um ein Vielfaches unterschritten wird.

Insgesamt kommt die Vorhabenträgerin – für die Planfeststellungsbehörde nachvollziehbar und zutreffend – zu dem Ergebnis, dass die Einleitung des geförderten Wassers die Oberflächengewässer nicht quantitativ negativ beeinflussen wird, da die Einleitmengen die hydraulische Leistungsfähigkeit der Gewässer um ein Vielfaches unterschreiten.

Schließlich verweist der GL bzgl. der empfohlenen Alternativenprüfung weiter darauf, dass die Mindestwasserführung für die ökologische Funktion des Oberflächengewässers von erheblicher Bedeutung ist und nicht beeinträchtigt werden dürfe. Eine Unterschreitung des MNQ (mittlerer Niedrigwasserabfluss) sei unter Berücksichtigung (1.) des ggf. bei ortsferner Verrieselung auftretenden verminderten Grundwasserzustrom in den Oberflächenwasserkörper bzw. (2.) aufgrund der direkten Wirkung des Absenktrichters unterhalb des Bohlenbaches (Bauabschnitt 4) auszuschließen. Insoweit könne ggf. auch eine kleinräumige Lageveränderung der KÜS oder andere Maßnahmen zur Reduktion der Reichweite des Absenktrichters geprüft werden. Bei Bedarf sei zudem eine Anpassung der Wasserhaltungsmaßnahmen an die saisonalen Abflussverhältnisse im Bohlenbach vorzunehmen.

Die Planfeststellungsbehörde verweist für die Forderung nach einer Alternativenprüfung auf ihre obigen Ausführungen. Da die Vorhabenträgerin auch im Zuge der 5. Planänderung weiterhin die Einleitung in den Bohlenbach vorsieht. Da das Wasser aus den Grundwasserhaltungen dementsprechend in den Bohlenbach eingeleitet – und nicht anderswo versickert wird – besteht aus Sicht der Planfeststellungsbehörde kein Grund zur Annahme, dass es zur Unterschreitung des MNQ des Bohlenbaches kommt. Schließlich hat die Vorhabenträgerin im Anhörungsverfahren ergänzend darauf hingewiesen, dass die Auswirkungsreichweite von > 1 m an der Baustelle von Mast Nr. 53 einen geringeren Umfang als 10 m umfasst und damit nicht über das Baufeld hinausragt. Eine negative Beeinflussung der Mindestwasserführung des Bohlenbaches kann nach dieser nachvollziehbaren Schilderung auch aus Sicht der Planfeststellungsbehörde hier ausgeschlossen werden.

#### **2.4.7 Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau u. Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg**

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg, hat in ihrer Stellungnahme darauf verwiesen, dass die im Zuge von Grundwasserabsenkungen entstehenden Absenktrichter Straßenbereiche in ihrem Geschäftsbereich betreffen. Dabei handelt es sich konkret um den Absenktrichter der Wasserhaltung bei Mast Nr. 2, der die Bundesstraße B218 in Abschnitt 40, ~ Stat. 1370 schneidet und den Absenktrichter um Mast Nr. 11, der die Landesstraße 70 im Abschnitt 80, ~ Stat. 3220 schneidet. Gleichwohl geht die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Osnabrück, davon aus, dass es nicht zu nachteiligen Auswirkungen auf die Straßenkörper kommt. Für den Fall, dass wider Erwarten doch Schäden (etwa durch Setzungen) auftreten, ordnet der Planfeststellungsbeschluss





unter Ziff. 1.3.3 die geforderte Beweissicherung sowie die Kostentragung der Vorhabenträgerin für etwaige Instandsetzungs- und/oder Sicherungsmaßnahmen an.

#### **2.4.8 Fernstraßen-Bundesamt, Referat S1**

Das Fernstraßen-Bundesamt hat in seiner Stellungnahme ausgeführt, dass sich das Vorhaben in Gestalt der 5. Planänderung in einer Entfernung von mehr als 100 m, gemessen vom äußeren befestigten Fahrbahnrand der BAB 1 befindet, sodass eine anbaurechtliche Zuständigkeit gemäß § 9 FStrG nicht gegeben ist. Weitere Hinweise oder Bedenken gegen das Vorhaben wurden nicht vorgetragen.

#### **2.4.9 Landwirtschaftskammer Niedersachsen**

Die Landwirtschaftskammer hat in ihrer Stellungnahme keine grundsätzlichen Bedenken geäußert, sondern die maßgeblichen Betroffenheiten landwirtschaftlicher Belange nochmals zusammenfassend wie folgt dargestellt: Die Dauer der Grundwasserabsenkung an den Mastbaustellen der Freileitung werde mit 30 bis 56 Tagen angegeben, dabei ergäben sich bei Absenkungsbeträgen von bis zu 4 m Absenkungsreichweiten von maximal 150 m. Die Auswirkungen seien im Wesentlichen auf den privatrechtlich bereits gesicherten, vorhandenen Schutzstreifen begrenzt. Die Absenkungsreichweite überrage den Bereich der Baustellenfläche kaum, zudem werde die Wasserhaltung nur für einen kurzen Zeitraum betrieben. Daher sei für Wald- und Ackerflächen keine Beeinträchtigung zu erwarten.

Die Absenkung von Grundwasser für den Neubau der KÜS Bohlenbach und Einleitung des entnommenen Grundwassers in den Bohlenbach: die Reichweite des Absenktrichters betrage demgegenüber bei Absenkzielen von bis zu 3,5 m bis zu 64 m, im Bauabschnitt 4 für den Löschwasserbehälter sei mit einem Absenkziel von 5,5 m bis zu 101 m. Die Dauer der Grundwasserabsenkung betrage bis zu 122 Tage, für den Bauabschnitt 4 bis zu 38 Tage. Da in dem Bereich der Grundwasserstandhöhen von 0,5 m bis 1,2 m u. GOK festgestellt worden seien, hätten landwirtschaftliche Kulturen somit direkt oder über die Kapillarität Anschluss an das Grundwasser. Das Baugrundstück der KÜS befinde sich im Eigentum Vorhabenträgerin. Die Absenktrichter der einzelnen Bauabschnitte reichten nicht wesentlich über das Baugrundstück hinaus. Daher seien nachteilige Auswirkungen auf angrenzende, landwirtschaftlich genutzte Flächen nur kleinflächig zu erwarten, da nur ein Randbereich von etwa 10 m der angrenzenden, südwestlichen Fläche betroffen ist und die Grundwasserspiegelkurve bzw. der Absenktrichter mit zunehmender Entfernung zu den Baugruben stark abflacht und im Randbereich des Absenktrichters dementsprechend laut Planunterlagen lediglich Absenktiefen im Zentimeterbereich zu erwarten sind. Diese vorgesehenen Absenktiefen lägen größtenteils im Grundwasserschwankungsbereich. Eine Ausnahme bildet insofern die Reichweite des Absenktrichters im Bauabschnitt 4 (Löschwasserbehälter), von dem eine nordöstlich liegende, im Privatbesitz befindliche Waldfläche betroffen sei. Insoweit sei die für die Forstwirtschaft zuständige Behörde nochmals zu beteiligen. Die Planfeststellungsbehörde weist darauf hin, dass die Niedersächsischen Landesforsten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur 5. Planänderung angehört wurden, aber keine Stellungnahme abgegeben haben.

Mit Blick auf die Regelung möglicher Aufwuchsschäden verweist die Landwirtschaftskammer auf ihren Hinweis aus der Stellungnahme vom 04.09.2017 zum Raumordnungsverfahren für die Maßnahme 51a. Vorliegend bestehe eine, wenn auch geringe Wahrscheinlichkeit von durch die 5. Planänderung bedingten Aufwuchsschäden. Unter Umständen würde insoweit eine Entschädigung möglicher Schäden nach Richt- und Durchschnittswerten ausreichen, die von einem öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen festgestellt werden sollte.



Die Vorhabenträgerin hat im Verfahren zum Erlass des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024 die folgende Zusage abgegeben: „Jegliche Flur- und Aufwuchsschäden, die im Zusammenhang mit Bau, Betrieb, Bestand und Unterhaltung der Leitung durch die Vorhabenträgerin oder durch von ihr beauftragte Firmen verursacht werden, werden dem Nutzungsberechtigten von der Vorhabenträgerin ersetzt. Eingeschlossen sind hierbei auch Bewirtschaftungsschwernisse und Nutzungsausfälle. Die Entschädigung begrenzt sich dabei nicht nur auf den Schutzstreifen, sondern schließt alle Schäden mit ein, die im Zusammenhang mit der Errichtung und dem Betrieb der Leitung stehen.“ Diese Zusage wurde unter Ziff. 1.3.14 des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024 für verbindlich erklärt. Die Zusage gilt auch für das Vorhaben in Gestalt der 5. Planänderung, vgl. Hinweis unter Ziff. 1.3.5. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen unter Ziff. 2.2.3.10.3 f. und Ziff. 2.2.3.11 des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024 verwiesen, die auch für die vorliegende Entscheidung gelten. Die Planfeststellungsbehörde geht davon aus, dass diese Zusage auch die durch die Landwirtschaftskammer geschilderte Fallkonstellation abdeckt. Weiterer Regelungsbedarf besteht daher nicht. Sie verweist ferner darauf, dass die Höhe der ggfs. zu zahlenden Entschädigung nicht Gegenstand der Planfeststellung ist. Ein weitergehender Regelungsbedarf besteht mithin nicht.

## **2.5 Begründung der sofortigen Vollziehbarkeit**

Die sofortige Vollziehbarkeit des Beschlusses ist bereits gesetzlich angeordnet und beruht auf § 43e Abs. 1 Satz 1 EnWG.

## **2.6 Begründung der Kostenentscheidung**

Die Kostenentscheidung folgt aus §§ 1, 3, 4, 5, 9 und 13 NVwKostG i.V.m. Nr. 1.11 der Anlage zu § 1 Abs. 1 AllGO.

## **3 Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim zuständigen

Bundesverwaltungsgericht

Simsonplatz 1

04107 Leipzig

gemäß § 6 Satz 1 BBPIG i. V. m. Nr. 6 der Anlage (zu § 1 Abs. 1) Bundesbedarfsplan i. V. m. § 50 Abs. 1 Nr. 6 VwGO erhoben werden. Eine Klage wäre gegen die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Göttinger Chaussee 76A, 30453 Hannover zu richten.

Gemäß § 43e Abs. 1 Satz 1 EnWG hat die Anfechtungsklage gegen diesen Planfeststellungsbeschluss keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen den Planfeststellungsbeschluss nach § 80 Abs. 5 Satz 1 Alt. 1 VwGO kann nur innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Planfeststellungsbeschlusses an das o.g. Gericht gestellt und begründet werden. Treten später Tatsachen ein, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann der durch diesen Planfeststellungsbeschluss



Beschwerte einen hierauf gestützten Antrag nach § 80 Abs. 5 Satz 1 Alt. 1 VwGO innerhalb einer Frist von einem Monat stellen. Die Frist beginnt in dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerte von den Tatsachen Kenntnis erlangt.

## 4 Eingeschlossene Erlaubnisse und Genehmigungen

Die Planfeststellungsbehörde erteilt die für die Errichtung des Vorhabens in Gestalt der 5. Planänderung notwendigen Befreiungen von den Verboten aus § 38 Abs. 4 Satz 2 WHG für die Einrichtung temporärer Arbeitsflächen nach Maßgabe der Anlage 9.8 und Anlage 9.11 (jeweils i. d. F. d. 5. Planänderung) gemäß § 38 Abs. 5 WHG i.V.m. § 58 Abs. 1 NWG.

## 5 Hinweise

4.1 Die Planänderung stellt keinen neuen Plan dar, sondern bildet mit dem ursprünglichen Plan und dessen Änderungen zusammen einen einzigen geänderten Plan in der durch den vorliegenden Änderungsplanfeststellungsbeschluss erreichten Gestalt.

4.2 Soweit Auflagen, Genehmigungen, Regelungen, Entscheidungen, Hinweise etc. des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.09.2024 – Az.: 4123-05020-119 – nicht ausdrücklich aufgehoben oder geändert worden sind bzw. den geänderten Planunterlagen nicht widersprechen, behalten sie weiterhin ihre Gültigkeit.

4.3 Dieser Änderungsplanfeststellungsbeschluss tritt gemäß § 43c Nr. 1 EnWG außer Kraft, wenn mit der Durchführung des Planes nicht innerhalb von zehn Jahren nach Eintritt der Unanfechtbarkeit begonnen wird, es sei denn, er wird vorher auf Antrag der Vorhabenträgerin von der Planfeststellungsbehörde um höchstens fünf Jahre verlängert.

4.4 Offensichtliche Unrichtigkeiten dieses Beschlusses (z.B. Schreibfehler) können durch die Planfeststellungsbehörde jederzeit berichtigt werden; bei berechtigtem Interesse eines an dem vorliegenden Planänderungsverfahren Beteiligten hat die genannte Behörde solche zu berichtigen, ohne dass es hierzu jeweils der Erhebung einer Klage bedarf (vgl. § 42 VwVfG).

Im Auftrage

*Vedure Sa*  
Ledvinka

